

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer: 6 Pf. Sonntags-Beilage: „Neues Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 M. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 3 M. pr. Monat. Einget. in der Post-Regierungs-Verwaltung für 1894 unter Nr. 5919.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgeheiligste Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Berein- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 1308. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Dienstag, den 13. März 1894.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Der Triumph der päpstlichen Politik in Frankreich.

Paris, den 9. März 1894.

Die Wahlen des letzten Jahres haben der orleanistischen Partei die Todtenglocke geläutet — der einzigen monarchistischen Partei, die noch in Frankreich bestand. Denn die anderen waren sämmtlich eines natürlichen Todes gestorben. Der Sohn Napoleons III. war nach Süd-Afrika gegangen, um sich von einem Zukunftsfolger abschlagen zu lassen, und der Graf von Chambord, der letzte Sprössling des älteren Zweigs der Bourbonen, hatte keinen direkten Erben hinterlassen. Der Graf von Paris, das Haupt der Orleans-Familie, blieb also übrig als einziger Vertreter der monarchistischen Prinzipien. Die letzten Wahlen nahmen ihm jede Hoffnung, jemals auf den Thron zu kommen, und um den Wahrspruch des allgemeinen Stimmrechts zu bestätigen, hat er selbst seine Partei aufgelöst, die nur noch ein Scheinwesen führte, weil er Zeitungen und die Sekretäre von sogenannten Parteigruppen mit Geld unterstützte; er verschleift seine Kasse und erklärt, daß er keinen Cent mehr bezahlen wird. Er denkt, wie es heißt, nur noch daran, seinen Präsidenten-Charakter, der ihn zum Exil verurtheilte, abzulegen und nach Frankreich zurückzukehren, wo er als Exmillionär leben will.

Die katholische Partei hatte dieses Ende vorausgesehen und sich vorbereitet. Seit dem Anfang des Jahrhunderts hatten die Priester sich zu Stützen der legitimen Monarchie (des Königthums von Gottes Gnade) gemacht; aber nach der Revolution von 1848 schlossen sie sich an die Bonapartisten an in der Hoffnung, unter Napoleon den ganzen Herrschereinfluß, den sie unter Karl X. ausgeübt, wieder zu erlangen. Sie merkten, daß sie sich getäuscht hatten, und daß Napoleon gesonnen war, für sich und seine Dynastie zu regieren, und nicht für den Papst, den er durch Viktor Emanuel seiner Staaten berauben und in Rom eingesperrt ließ.

Der berühmte katholische Tages-Schriftsteller Louis Veuillot, der die Geistlichkeit zur Annäherung an Napoleon bestimmt hatte, wandte sich hierauf um — gegen das Kaiserreich, und zog die ganze Pfaffenpartei hinter sich her. Obgleich Laie, war er der Führer des französischen Klerus und selbst des Papstthums, das er in die Bahn der schroffsten und lächerlichsten Unversöhnlichkeit (intransigence) hineindrängte. Auf seine Inspiration hin veröffentlichte der ehemals liberale Pius IX. seinen berühmten Syllabus, der alle bürgerlichen Freiheiten der modernen Gesellschaft verdammt, und auf seine Inspiration hin wurde das Konzil berufen, das die Lehre der unbesleckten Empfängnis inmitten des Gelächters der skeptischen Welt verkündete: in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wagte man die alte Mythe von der Jungfrau-Mutter, die in allen Reli-

gionen der wilden Volksstämme sich findet, zum Kirchendogma zu erklären.

Die Pfaffenpartei begrüßte mit Jubel den Zusammenbruch des Kaiserreichs; sie hoffte, daß die Legitimisten an's Auder gelangen würden und stellte sich feindlich zur Republik. Gambetta, der die öffentliche Aufmerksamkeit von den sozialen Fragen abzulenken wünschte, benutzte diese Handlungsweise, um die Republikaner gegen die Kirche zu hegen und in seiner Rede von Romans rief er aus: „Der Klerikalismus — das Pfaffenhum — ist der Feind!“ Jahrelang unterhielt man die Arbeiter damit, daß man sie Pfaffen freissen ließ, was die Herren Opportunisten nicht hinderte, Jahr für Jahr den Kultus-Etat zu bewilligen und sogar zu vermehren.

Ferry, der nach dem Tode Gambetta's die Führerschaft der opportunistischen Partei erbt, nahm seine Rolle etwas ernsthafter: er setzte die Schulgesetze durch, welche den Geistlichen das Lehren in den Gemeindeschulen verboten, ferner das Gesetz, welches die Auflösung der staatlich nicht anerkannten religiösen Orden und Genossenschaften befiehlt, und das Gesetz, das die Seminaristen und jungen Leute, die sich für das Geistlichen-Handwerk ausbilden dem Militärdienst unterwirft. Er lieferte der Kirche Grund zu zahlreichen und ernstlichen Beschwerden gegen die Republik.

Und gerade damals, als die Pfaffen so guten Grund hatten, die Republik zu hassen — und man weiß, daß Niemand dauerhafter haßt als der Pfaffe — und gerade damals geschah es, daß der Papst Leo XIII. seinen Bischöfen und Pfarrern befahl, sich an die Republik anzuschließen. Er sah ein, daß nichts zu gewinnen war im Kampfe gegen die republikanische Regierung, die täglich Boden gewann, und daß die monarchistischen Parteien insgesammt bestimmt waren, schwachvoll zu Grunde zu gehen. Zur selben Zeit, wo er den Klerus zum Betreten dieser neuen politischen Richtung veranlaßte, warf er die Priester durch seine Encyklika über „die Lage der Arbeiter“ in den sozialen Kampf. Ein ander Mal werde ich über die sozialistische Rolle des Klerus in der Arbeiter-Bewegung sprechen.

Wenn auch die päpstliche Taktik geschickt war, so war sie doch gefährlich; sie führte beinahe eine Spaltung herbei. Nicht der gesammte hohe Klerus, der sich aus Werkzeugen der monarchistischen Parteien zusammensetzt, verstand den Machiavellismus Leo's XIII. und es gab Anwandlungen von Widerspruch, ja sogar von Opposition; die niedere Geistlichkeit, die in Frieden leben will, war bereit, sich mit der republikanischen Regierung, ja selbst mit dem Teufel, wenn es nöthig gewesen wäre, zu verbinden.

Während die Geistlichkeit diese Schwenkung vollzog, änderten auch die Opportunisten ihre Taktik: sie zeigten sich den Geistlichen, welche die neue Taktik des Vatikan annahmen, sehr freundlich und bevorzugten sie planmäßig bei Besetzung der frei werdenden Stellen der hohen Geistlichkeit.

Sie verrechneten sich mitunter bei dem Spiel; so hatte z. B. Chr. Joutte-Moulard sich die Unterstützung der Regierung erbeten, um den Bischofssitz von Aix zu bekommen. Sobald er aber ernannt war, wendete er sich gegen die Regierung; sein Hirtenbrief war so verlegend, daß man den Herrn Bischof gerichtlich verfolgen mußte. Ungeachtet dieser Verräthereien, die bewiesen, daß die Priester nur ungern zur Republik kamen, beharrte die Regierung in ihrer Taktik.

Die Opportunisten von heute sind die wahren Vertreter der kapitalistischen Klasse; in ihren Reihen finden sich die reichen Geldmänner, die großen Kaufleute und Industriellen, sowie die Großgrundbesitzer. Sie sind die Partei der Satten, die alle Konservativen vereinigen und der Kirche sich bedienen will, um die sozialistische Partei zu überwinden, die sich seit Gambetta's Tod konstituiert hat und von Tag zu Tag wächst.

Und so kam es, daß gleich nachdem der Graf von Paris seine Soldner entlassen hatte, der Justiz- und Kultusminister Spuller in öffentlicher Kammer erklärte, man müsse den Krieg gegen die Geistlichen einstellen, weil die Regierung der Republik von einem neuen Geist befeelt sei.

Das Pfaffenhum ist nicht mehr der Feind, es ist der Verbündete: die päpstliche Politik hat triumphirt. Gallus.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. März.

Aus dem Reichstage. Die zweite Lesung des russischen Handelsvertrages vollzieht sich im parlamentarischen Lauschrift. Kolonnenweise werden die einzelnen Positionen genommen und nur ab und zu bei einem einzelnen Punkt Halt gemacht. So z. B. brachte Hopfen eine längere Diskussion, an der sich hauptsächlich bayerische Abgeordnete beteiligten.

Später nahm bei der Position Spielwaaren unser Genosse Reißhaus das Wort, um das Interesse der Thüringer Spielwaaren-Industrie an dem Zustandekommen des Handelsvertrages darzutun. Reißhaus schilderte bei dieser Gelegenheit die ungemein traurige Lage der Spielwaaren-Arbeiter und stellte sie in Gegensatz zu dem sogenannten Wohlstand der Großgrundbesitzer des Ostens.

Morgen 12 Uhr findet Fortsetzung statt. Gelingt es nicht, die zweite Lesung in der Nachmittags-Sitzung zu erledigen, so ist eine Abend-sitzung in Aussicht genommen.

Nach Erledigung der zweiten Lesung soll der Etat daran kommen, den der Präsident ebenfalls vor Beginn der Osterferien noch unter Dach gebracht wissen will. Die Tage bis zum Sonnabend sind also noch mit einem sehr reichhaltigen Arbeitspensum versorgt.

Die Abspaltung von der konservativen Partei hat begonnen. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

„Zögerte einen Augenblick, dann beantwortete er Tania's Frage in seiner gewöhnlichen rauhen und kaltblütigen Weise:

„Morgen werde ich darüber Gewißheit haben.“ Er wendete sich und griff nach dem Hut. Aber Tania erfaßte seine Hand und hielt ihn zurück. Sie sprach leise und schien eine Bitte an ihn zu richten. Er schüttelte den Kopf, „unmöglich“, und als sie dringlicher wurde: „Du wirst das Ergebnis schon erfahren.“

„Und wenn es —“ Tania stockte und sah ihn mit großen, angst erfüllten Augen an.

„Du meinst, wenn es schief geht,“ ergänzte er mit einem grinsenden Lächeln, „nun, schlimme Dinge pflegen unsere Ohren nur zu bald zu erreichen, sie werden auch die Deinigen nicht verschonen.“

Er wollte nichts weiter hören und trat auf Helene zu, einige gleichgültige Fragen an sie richtend.

Aber Tania umklammerte ihn abermals: „Atschin“, fluchte sie, „ich würde viel ruhiger sein —“

„Du bist ein Kind,“ sagte er, nahm sie wie ein solches in seine Arme und trug sie nach dem Sopha.

Geben Sie ihr etwas Brom, Frau Röber... und bleiben Sie diese Nacht bei ihr... Andere müssen für sie denken... sie ist ganz vernünftig... sie will noch arbeiten, für die Sache wirken und bringt ihre Maschine so viel wie möglich in Unordnung.“

Es klang höchst unzufrieden und seine faltige Stirne zeigte noch tiefere Runzeln. Als aber Tania ihren bleichen Kopf gegen das Kissen zurückwarf und ruhig liegen blieb mit geschlossenen Augen, da seufzte er. Umsichtig schob er ihr das Kissen zurecht und suchte den kleinen Körper in die möglichst bequeme Lage zu bringen.

„Sei gut“, sagte er leise und strich ihr mit den Fingern durch das dicke Haar, „sei gut, morgen sehen wir uns wieder.“

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(Alle Rechte vorbehalten)

Helene.

[65

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Helene sprach etwas von nervöser Erregtheit, als sie aber zu ihr trat, bemerkte sie, daß große Thränen ihr langsam über die Wangen rollten.

Da schlang sie den Arm um ihren Hals und gab ihr zärtliche Worte, und bat sie, ihr doch zu sagen, was sie so tief betrübe, ob es der Tod Katalien's sei, den sie beweine.

Sofia schüttelte den Kopf.

„Nein, ich beneide sie.“

„Sofia, was ist das mit Dir? Ich frage nicht aus Neugier, aber Ihr ängstigt mich. Alles im Hause ist verändert, Alles hat ein so trauriges Aussehen — Von den Freunden läßt sich Keiner blicken — auch Lazar ist heute noch nicht dagewesen.“

„Ich habe ihn seit acht Tagen nicht gesehen,“ murmelte Sofia kaum hörbar.

„Wie, seit dem Tage, an dem —“

„An dem er die Todesnachricht erhielt.“

„Und er ist in Zürich?“

„Er wohnt jetzt mit Atschin zusammen — sonst steht er keine Seele, er läßt Niemand vor, er hat seine besten Freunde abgewiesen.“

„Hat er Dir auch nicht geschrieben?“

„Nein.“

„Hast ihm Zeit... es giebt Naturen, die so etwas allein mit sich abmachen müssen...“

Sofia senkte den Kopf noch tiefer, sie vermied es, Helene anzusehen: „Ich will Dir etwas anvertrauen, Atschin,

Lazar und Tania werden in Wäld Zürich verlassen... sie gehen in die Heimath.“

„Und Du?“

„Ich bleibe zurück.“

Es klang resignirt, aber gleich darauf brach sie in ein heftiges Weinen aus.

Diese ruhige, in sich gefestigte Natur schien ganz aus dem Gleichgewicht gekommen zu sein.

Und nun that Helene das Beste, sie mißverstand absichtlich diese Thränen; sie wollte glauben, daß sie um Tania flößen und versicherte, daß es auch ihr schwer fallen werde, sich von der Freundin zu trennen. Man sollte sie gar nicht fortlassen, sie sei zu krank, um die Strapazen einer so langen Reise ertragen zu können.

Sofia trocknete ihre Augen und sah wieder so gut und klug und theilnehmend aus wie gewöhnlich.

„Wir dürfen sie nicht zurückhalten,“ sagte sie... „so kann sie nicht weiter leben, sie muß endlich über das Schicksal ihres Mannes Gewißheit haben.“

Dann bat sie Helene, zu Tania hinab zu gehen und ein wenig nach ihr zu sehen... sie werde bald nachkommen.

Helene zögerte nicht; es begann zu dämmern... Als sie bei Tania eintrat, stand diese am Fenster, ein Mann neben ihr. Sie erkannte Atschin.

Das dunkle Gesicht des Kojaten sah in dem schwindenden Lichte fahl aus und zeigte noch tiefere Schatten als sonst. Seine Haltung war nachlässig und stark vorgebeugt.

Er war mit Tania in lebhaftem Gespräch und als Helene rasch eintrat, hörte sie ihn folgende Worte mit einer gewissen Verweigerung hervorstoßen:

„Es muß furchtbar wirken, zermalmend.“

„Bist Du dessen ganz sicher?“ fragte Tania.

Atschin hob den Kopf, er hatte Helene bemerkt, er

Die deutsch-konservative Fraktion hat heute in mehrstündiger Sitzung über ihre Stellung zum russischen Handelsvertrage verhandelt. Eine am Schlusse der Verhandlung von der Fraktion angenommene Resolution veranlaßte den Grafen Dönhoff, seinen Austritt aus der Fraktion zu erklären.

Der „Vossischen Zeitung“ wird hierüber geschrieben: „In den Nebenräumen des Reichstages ging es gestern sehr lebendig zu. Man unterhielt sich ausschließlich über die stürmische Kommissionssitzung der Konservativen. Der Graf Dönhoff-Friedrichsen war wegen seiner Zustimmung zum russischen Handelsvertrage Gegenstand heftiger Angriffe von verschiedenen Seiten in der Kommission. Es wurde eine Resolution beantragt und angenommen, die dem Grafen eine Mißbilligung über sein Verhalten ausspricht. Graf Dönhoff antwortete darauf sofort mit der (von uns schon gestern mitgetheilten) Erklärung, daß er aus der Fraktion ausscheide. Die Abg. Prinz Hohenlohe-Schillingensfeldt und Freiherr Jörn von Sulach erklärten, daß sie für den Handelsvertrag stimmen würden. Der Abg. Landrath Gieseler sprach gleichfalls für den Handelsvertrag, erklärte aber, sich der Abstimmung enthalten zu wollen.“

Allzu große Bedeutung diesen Vorgängen beizumessen, wäre freilich verfehlt; die konservative Partei hat sich trotz der Beeinflussungen der Krone einiger gezeigt, als man erwartete, sie dankt dies freilich bloß der großen Majorität, welche der Handelsvertrag auch ohne ihre Unterstützung gefunden hat. Wäre das Zustandekommen der Majorität bis zur letzten Stunde zweifelhaft geblieben, so hätte der Druck von oben den Weiterbestand der Partei vielleicht gefährdet. Die Erörterungen, welche die Konservativen in ihrer letzten Fraktionssitzung gepflogen haben, sind freilich kein Zeichen der Stärke der Partei, sie sind ein neuer Beleg für unsere Ansicht, daß die alten Parteien sich überlebt haben. Die freisinnige Partei ist im vorigen Jahre zerfallen, die letzten Abstimmungen der Zentrums- und der national-liberalen Fraktion sind Zeichen des Zerfalles und die Uneinigkeiten in den beiden konservativen Parteien, wie die Mandatsniederlegung des früher tonangebenden Mitgliedes der polnischen Fraktion, des Herrn v. Koscielski, sprechen nicht für die Stärke jener Parteien. Einig und stark ist bloß die sozialdemokratische Partei, sie ist aber auch die Partei der Zukunft, jene sind die Parteien der Vergangenheit.

Einen ebenso seltsamen wie bescheidenen Trost in ihrem Mißgeschick hat die „Kreuz-Zeitung“ entdeckt. Sie meint, die Freude der Anhänger des Handelsvertrages über die vorgestrichene Abstimmung sei nicht sehr lebhaft, — und daraus soll dann zu schließen sein, daß die Niederlage der „Kreuz-Zeitung“ von den Gegnern für keine schwere gehalten werde. Nun — wir wollen keine kritische Untersuchung dieses jungerlichen Trostes vornehmen; wir wollen der „Kreuz-Zeitung“ aber zugeben, daß das Ergebnis der Abstimmung tatsächlich, wenigstens im Reichstage, ziemlich Gleichgültigkeit begegnet ist. Allein dies erklärt sich daraus, daß die Niederlage der „Kreuz-Zeitung“ und ihrer Leute seit Wochen bereits gewiß war, und daß das einzige Interesse der namentlichen Abstimmung sich auf die größere oder geringere Zahl der Majorität für den Handelsvertrag bezog. Und das war gewiß ein recht untergeordnetes Interesse. Uebrigens — das können wir der „Kreuz-Zeitung“ versichern — war die Majorität größer, die Niederlage der „Kreuzzeitung“ Ritter sonach gründlicher, als von den Weissten erwartet worden war.

Die Mandatsniederlegung des Reichstags-Abgeordneten v. Koscielski wird auf ernsthafte Differenzen mit seinen Fraktionsgenossen hinsichtlich des Marineetat's zurückgeführt.

Herr v. Bennigsen wird sich, wie schon früher gemeldet, demnächst gänzlich vom politischen Leben zurück-

ziehen. Die national-liberale Partei ohne Miquel und Bennigsen wird nun noch einflußloser werden und ihrer Auflösung rascher entgegengehen.

Zur Währungsfrage. Den Mitgliedern der Silber-enquete-Kommission sind vom Reichs-Schatzamt zwei weitere Druckfächer zugegangen. Die eine ist die Zusammenstellung der Großhandelspreise wichtiger Waaren an deutschen Plätzen im Jahre 1893 und in den 15 Jahren 1870 bis 1889, wie sie übrigens in dem ersten Vierteljahre der diesjährigen Veröffentlichungen des kaiserlichen Statistischen Amtes enthalten ist. Die andere betrifft einen Vorschlag der Herren Dr. Trendl, v. Kardorf, Leuschner und Wälfing. Am Schlusse desselben erklären sich die genannten Herren damit einverstanden, daß zuerst eine Untersuchung der gesamten Währungsfrage auf der Grundlage des von der Regierung festgestellten und mitgetheilten Fragebogens vorgenommen wird, und daß dann erst ihr Antrag zur Verhandlung kommt, der dahin geht: 1. Die Hebung und Festlegung des Silberwerthes erfordert die Durchführung der internationalen Doppelwährung. 2. Um diese herbeizuführen, ist unverzüglich seitens des Deutschen Reichs eine internationale Münzkonferenz nach Berlin einuberufen, der seitens des Reichs ein Vertrag zur Einführung der internationalen Doppelwährung vorzulegen ist. 3. Dieser Vertrag ist von der Kommission vorzubereiten und dabei ist zu erwägen, ob der Vertrag ohne England sofort oder mit England nach dessen Beitritt in Geltung treten soll: 4. Der Münzkonferenz sind Ueber-gangsmassregeln zur Hebung des Silberwerthes vorzuschlagen, welche die obengenannten Herren nach Erledigung ihres Prinzipal-antrages der Kommission vorlegen werden.

Vermehrte Silberanprägung. Der Reichskanzler hat beim Bundesrath beantragt, derselbe möge sich damit einverstanden erklären, daß ca. 11000000 M. in Fünfmarsstücken, 7000000 in Zwei- und 4000000 M. in Einmartsstücken neu ausgeprägt werden. In der Motivierung wird darauf hingewiesen, daß schon seit längerer Zeit in den sächsischen und rheinisch-westfälischen Industriebezirken sich der Mangel an größeren Silber-Scheidmünzen sehr fühlbar mache und daß auf Grund des Art. 4 des Münz-gesetzes unter Berücksichtigung der letzten Volkszählung noch über 22000000 M. an Silbermünzen geprägt werden können. Auf die Festhaltung des Silberpreises wird diese Maßregel keinen Einfluß haben.

Zur Branntweinsteuer hat die sozialdemokratische Partei für die zweite Staatsberatung den Antrag gestellt, dem Reichstage nach jeder Neubemessung der sogenannten „Liebesgaben“ ein Verzeichnis der Empfänger unter Angabe des privilegierten Kontingents jeder Brennerei mit-zutheilen.

Leist. sinnig gehandelt. Aus unserer Kolonie Kamerun wird der „Vossischen Zeitung“ über London telegraphirt:

Der deutsche Dampfer „Admiral“ mit 200 weißen Soldaten ist in Kamerun angelangt. Als Samuda, der An-führer der weuterischen Dahomeyer, zur Hinrichtung ge-führt wurde, rief er dem anwesenden Gouverneur zu: „Die Meuterei wäre lediglich durch seine Schuld entstanden. Genugthuung hätte es den Dahomeyern bereitet, wenn sie ihn hätten tödten können.“ Der Gouverneur gerieth dadurch in solche Wuth, daß er einem Soldaten das Gewehr entriß und mit dem Kolben Samuda einen furchtbaren Schlag auf den Kopf versetzte.

Unter dem Ältesten ist der wohlbestallte Bize-gouverneur Leist gemeint. Wie lange soll noch Deutschland kompromittirt werden, indem Leist im Dienste belassen wird.

Die Freiheit, seinen Kindern im Rheinlande die im übrigen Deutschland üblichen Namen geben zu dürfen, soll nun endlich gewährleistet werden. Ein bezüglicher Geset-

entwurf, der das französische Gesetz vom 1. April 1893 aufhebt, ist dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen.

Eine weitere Verschlechterung unseres mehr als mangelhaften Arbeiterschutzes-Gesetzes verlangen eine Anzahl westpreussischer Handelskammern.

Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge haben sie den Handels-minister gebeten, zu veranlassen, daß die zu § 133a der Reichs-Gewerbeordnung erlassene preussische Ausführungs-Verordnung aufgehoben und durch diejenigen Bestimmungen ersetzt werde, welche die sächsische Regierung unter dem 28. März 1892 erlassen hat. Es handelt sich um die ausnahmsweise zu ge-stattende Beschäftigung von weiblichen Ar-beitern bis zu 13 Stunden täglich in Fällen außer-gewöhnlicher Häufung der Arbeit. Das rheinische Blatt erläutert diese Bitte dahin: „Während die sächsische Verfügung einfach vorschreibt, daß Anträge auf Ueber-arbeit besagter Art bei der unteren Verwaltungs-behörde anzubringen sind, enthält die preussische Ver-ordnung lange und äußerst verwickelte Auseinandersetzungen darüber, in welchen Fällen von der Verwaltungsbehörde die erbetene Erlaubnis zu Ueberarbeit erteilt oder verweigert werden soll. Unter anderem soll als Grund der Gestattung von Ueber-arbeit die Befriedigung unverrückbarer Bestellungen dann angesehen werden, wenn diese nicht wohl von andern befriedigt werden können, eine Anschauung, die mit der bestehenden Pro-dukionsweise völlig unvereinbar erscheint und jeden Sporn des Selbstinteresses und den Wettbewerb als wichtige Faktoren des Wirtschaftslebens in unbegreiflicher Weise verkennt.“

Wenn man nach dem Wunsche der Handelskammern unser Arbeiterschutzesgesetz zurückrevidiren wollte, so bliebe bald außer dem Arbeitertum gar nichts mehr übrig. Jedes Ju-gendstüdtchen an den Kapitalismus wird zu weiteren Forderungen reizen, deshalb muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß dieses an sich schon unverkäufliche Verlangen abgewiesen werde. Wenn schon Ausnahmsbestimmungen zugelassen sind, so liegt es doch in ihrem Wesen, daß möglichst selten von ihnen Gebrauch gemacht wird. Nun sollen sie aber nach dem Wunsche der Handelskammern möglichst oft angewandt werden. Dagegen ist im Interesse der betroffenen Frauen und der Weiterbildung des Arbeiterschutzes aufs lebhafteste Einspruch zu erheben.

Unvollständiges aus Sachsen. Die konservative Majorität der sächsischen Ständekammer hat die untere Steuer-grenze von 500 Mark, wie sie die zweite Kammer festgesetzt hat, auf 400 Mark (in Preußen 300 Mark) erniedrigt. Die zweite Kammer trat diesem Beschlusse mit 48 gegen 28 Stimmen bei.

Der Spähle-Bismard-Kladderadatsch scheint für die Urheber recht unangenehme Folgen zu haben. Der Redakteur des Witzblattes A. D., das sich zum Einrühren des unsauberen Breis' hergab, hat deß- und wehmüthig bedauert, daß man ihn ernst genommen habe. An Schmutz fehlt es zwar nicht, aber an Material. Und das Einzige, was dieser Spähle-Bismardiade ein öffentliches Interesse verleiht, ist die Her-kunft der Wurfgeschosse, auf denen sich, deutlich geprägt, die Fabrikmarke der alten Raketenliste befindet.

In Wien fand am Grabe der Märzgefallenen eine große Demonstration statt. Das Wollfische Telegraphen-bureau meldet hierüber:

Heute begaben sich ungefähr 30000 Arbeiter in einzelnen Gruppen nach dem Zentralfriedhof, um am Grabe der am 18. März 1848 Gefallenen Kränze niederzulegen. Ein Zwischen-fall ist nicht vorgekommen.

Die Seidenhemden — les chemises de soie — das ist der Name, mit dem jetzt in Frankreich die anar-chistische Bombengesellschaft bezeichnet wird. Wie weiland die Lockspindel Napoleons des Kleinen an den „weißen Blousen“, so sind die Dynamithelden an den feinen seidenen Hemden erkenntlich, die ihnen von ihren vornehmen Verehrern und Verehrerinnen gesendet worden sind.

Après — am vorigen Freitag war Jaurès in der Kammer nicht anwesend und es hieß, er sei zu einer Versammlung in die Provinz gereist. Flugs erklärte einer der Herren Minister, man sei bereit, die Interpellation, deren Beantwortung Tags zuvor auf 1 Monat vertagt worden war, sofort zu beantworten. Sofort war Jaurès, der noch nicht abgereist war, telephonisch in Kenntniß ge-setzt. Er kam, sah und — die Minister schwiegen. Dieses Schweigen ist einem Eingeständniß gleich.

In Belgien ist die Militärsache jetzt brennend ge-worden. Die Armee soll vergrößert werden — das will nun einmal der Blut- und Eisengeist am Ende des 19. Jahrhunderts. Die Regierung will natürlich am alten System festhalten und nur die Zahl der Soldaten ver-mehren. Der Kammer liegt ein Plan vor, nach welchem das Heer von 180000 Mann, die es jetzt zählt, auf 240000 Mann erhöht werden soll. Die Radikalen und Demokraten (Sozialdemokraten sind noch nicht in der Kammer) verlangen die Einführung der Volkswehr nach dem schweizerischen System. Dieses System, das der Schweiz mit ihren drei Millionen Einwohnern eine halbe Million Wehrmänner giebt, würde Belgien mit seinen 6 1/2 Millionen Einwohnern, mehr als das Doppelte: über eine Million wehrfähiger Verteidiger geben, also mehr als viermal so viel, wie die geplante Reform — und dabei nur zwei Drittel der Kosten!

Gegen die Logik dieser Zahlen ist nicht aufzukommen, aber — die belgische, gleich anderen Regierungen hatte Furcht vor dem bewaffneten Volk.

Das vielgeplagte englische Parlament ist heute zu einer neuen Session zusammengetreten, nachdem es noch nicht Zeit gehabt hat, sich von den Redestrapsagen der alten zu erholen. Die Thronrede enthält außer den üblichen Phrasen so gut wie nichts. Die Beziehungen zu den Mächten sind freundschaftlich, die Flotte muß aber ver-mehrt werden, die zufälligen Zusammenstöße englischer und französischer Kolonialtruppen in Afrika werden bedauert, eine Maßregel zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in Aussicht gestellt u. s. w.

Gegen die konservative norwegische Regierung hat der Reichstag mit 62 gegen 49 Stimmen ein Tadel-s-votum angenommen.

Parlamentarisches.

In den Sitzungen der Petitions-Kommission am 7. und 8. März kamen verschiedene interessante Gegenstände zur Ver-handlung. Ein Bauarbeiter hatte den Anspruch auf Altersrente erhoben. Es war ihm jedoch nicht möglich, den unabweislichen Nachweis zu liefern, daß er in den letzten 3 Jahren vor Inkrafttreten des betreffenden Gesetzes während

Er that eine Bewegung mit der Hand, als wolle er etwas von sich schleudern, dann wendete er sich und ohne Gruß und Wort ging er hinaus.

Selene hatte die Lampe angezündet, und als sie jetzt Tania ins Auge faßte und ihr das Brom reichete, erschrak sie, wie alt und verfallen dies kleine Gesicht ausah.

„Was geht unter diesen Menschen nur vor,“ dachte sie, selbst von einer peinigenden Unruhe erfaßt.

Es war ganz dunkel geworden. Vor dem Palmhof ging ein Mann mit ungleichen Schritten auf und nieder. Er sah nach dem Mansarden-zimmer, dessen Fenster von einem matten Lichte schellt waren, schritt durch den Garten, und bei dem Thor an-gekommen, legte er die Hand an den Drücker und — ließ ihn wieder los. Einen Augenblick schien er mit sich zu kämpfen, dann trat er entschlossen in's Haus und ging die Treppe hinauf.

Er klopfte an die Thür der Mansardenstube und wartete auf die Aufforderung, einzutreten.

Als Alles ruhig blieb, öffnete er langsam dieselbe. Eine kleine Lampe mit einem Schirm von weißem Milchglas war angezündet und warf ein ruhiges Licht auf das edelgeformte Gesicht Sofia's, die in dem niederen Rohrstuhl zurück-gelehnt lag.

Der eine Arm war gegen die Lehne gestützt und der weit zurückfallende Wermel ließ ihn bis zum Ellenbogen in blendender Weiße erscheinen.

Aus dem blonden Haar waren die Nadeln entfernt, es fiel in großen Partien gegen die Schulter herab, das seine Gesicht in einen goldenen Rahmen fassend.

Sie hatte das Klopfen gehört. . . sie kannte diese drei rasch hintereinander fallenden Schläge und das Herz stand ihr still in Verwirrung und freudigem Schreck. . . aber ehe sie sich noch gesammelt hatte, sah sie Lazar schon in der Thüre stehen, die Augen auf sie gerichtet.

Sie wollte sich erheben, um ihm entgegen zu gehen, aber sie zitterte und ließ sich in ihren Sessel zurück-sinken.

„Rufen Sie mir nicht, Sofia Alexandrowna, wenn ich zur Unzeit komme,“ sagte er in einem Ton, der ruhig klingen sollte, und dem man doch den heftigen Herzschlag anmerkte.

Sie setzte sich auf und hieß ihn mit einem Reigen des Kopfes willkommen. Dann griff sie mit beiden Händen nach ihren Haaren und wand sie rasch zu einem Knoten zusammen, den sie geschickt mit zwei großen Nadeln aufstreckte.

„Verzeihen Sie mir, Sofia, ich habe gearbeitet; es gab Dringendes, das ich vor meiner Abreise in Ordnung zu bringen hatte.“

„Und heute kommen Sie, um — um mir Lebewohl zu sagen?“

„So ist es.“

„Um einer Pflicht der Höflichkeit zu genügen?“

Er antwortete nicht sofort, dann sagte er in einem ruhigen und ehrfurchtsvollen Ton, aber mit jener zarten Vertraulichkeit, die ihnen in letzter Zeit geläufig geworden war, wo sie sich buzten, wenn sie allein waren: „Wir müssen uns trennen, Sofia — ich komme, um Dir die Hand zum Abschied zu drücken.“

Langsam hob sie den Kopf und sah ihn an, da erschraf sie über die Waffe und den fremden Ausdruck in seinem Gesicht. Es war etwas Leeres, Erschöpftes darin, die Folge innerer, schwerer Kämpfe.

„Armer Mann“, sagte sie unwillkürlich, in übermächtigem Mitleid.

Du begreift Alles, Sofia, nicht wahr?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Nicht Alles, wahrhaftig, nicht Alles, Lazar; ich habe es nicht begriffen, weshalb Du Dich von mir abgewendet hast, um Deinen Schmerz und Deine Trauer in Dich zu verschließen. Dieser Schlag hat uns doch gemeinsam getroffen.“

Seine Thränen konnten sanfter fließen, Sofia, wäh-rend ich —“

„Du?“ tief forschend sah sie ihn an, „hättest Du Reue empfunden?“

Er zögerte mit der Antwort, dann sagte er ruhig: „Es lastet auf meiner Seele, daß ich in der Zeit so glücklich war, während sie litt und verging.“

„Und Du klagst Dich an?“

„Ich klage mich an.“

„Und mich? Thut es immerhin, denn ich bin Deine Mitschuldige gewesen.“

Seine Brust hob sich, wie unter dem jähen Anprall eines Sturmes, aber er war gewappnet hierhergekommen und sagte gehalten: „Nein, Sofia, ich trage an allem Schuld — ich allein. — Auch Dir gegenüber bin ich schuldig ge-wesen, weil ich es so sichtbar werden ließ, was mich bewegte. — Ich wußte, es konnte nicht sein — und hab doch nur daran gedacht, Dich zu gewinnen — ich —“ er hielt inne, dann hob er die Hand, seine Gestalt rechte sich höher, und gleichsam aufathmend unter dem Schweiß rief er: „Aber es wird der Tag kommen, wo Du mir alles verzeihen wirst, Sonja. . . und wo ich mir selbst alles verzeihen werde — und hätte ich alle Sünden der Welt begangen.“

Unter dieser Voraussetzungen kraftvollen Wirkens und Handelns schien ihm sein Muth wiedergekehrt zu sein, während der ihrige sank.

(Fortsetzung folgt.)

je 47 Wochen in Beschäftigung stand, obwohl er es behauptet. Der Anspruch wurde dabei in allen Instanzen abgewiesen. Der Referent bemerkte, daß die getroffenen Entschädigungen zweifellos unanfechtbar und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch vollkommen richtig seien. Aber es empfehle sich doch, den Wunsch des Petenten, eine diesbezügliche Abänderung des Gesetzes mit rückwirkender Kraft vorzunehmen, in Erwägung zu ziehen, da man doch annehmen müsse, der Petent habe so lange gearbeitet, als er irgend Gelegenheit dazu hatte. Der Regierungsvertreter erklärte, daß man eine solche Aenderung nicht vornehmen könne. Der ganze Charakter dieses Gesetzes bedinge eine vorherige Gegenleistung des Rentenempfängers. Wenn man für den Uebergang auch davon abgesehen habe, so müsse doch eine bestimmte Grenze gezogen sein, sonst würde die Belastung des Reiches eine zu erhebliche. Demgegenüber bemerkte unser Genosse Schmidt (Frankfurt), daß durch die bestehende Bestimmung viele Saisonarbeiter, namentlich aber fast alle Bauarbeiter, die zur Zeit des Inkrafttretens der Altersversicherung das 70. Lebensjahr erreichten, von dem Bezug der Rente ausgeschlossen seien, da dieselben während des Winters nicht nur 5 Wochen lang, sondern oft 10-12 Wochen und länger die Arbeit unterbrechen müssen und beim Eintritt des Winters auch meist entlassen werden. Nur die Arbeiter, die bei demselben Unternehmer, während mehrerer Jahre hindurch, nach der Unterbrechung die Arbeit wieder ausnahmen, die also nicht als „entlassen“ von den Unternehmern betrachtet worden seien, und demgemäß eine Bescheinigung erhielten, wären vielleicht zu dem Bezug der Rente gekommen; es beträfe dieses wohl zumest die Werkführer und Bolstere, die jener Unterstützung weit weniger als andere Arbeiter bedürftig seien. Ein einziger derartiger Fall sei ihm bekannt; während in über einem Duzend ihm bekannten Fällen die Arbeiter abgewiesen werden mußten. Es empfehle sich daher dringend eine Abänderung des Gesetzes mit rückwirkender Kraft. Der Regierungsvertreter meinte, daß solche Arbeiter doch noch Aussicht auf den Genuß der höheren Invalidenrente hätte, was Genosse Schmidt bestritt; denn es würde den Betroffenen noch weit schwerer halten, den Nachweis zu führen, daß sie während 50 Jahren, je 47 Wochen in Arbeit standen oder versicherungsgemäße Krankenunterstützung bezogen haben, weil sie wegen vermeintlicher oder wirklicher geringerer Leistungsfähigkeit immer seltener dauernde Beschäftigung erhalten, je älter sie werden, trotzdem sie relativ gesund bleiben. Die Petition wurde dem Reichskanzler als Material für die beabsichtigte Aenderung des Invaliden- und Alters-Versicherungsgesetzes überwiesen. Der „Verband deutscher Lohnführerunternehmer“ hat schon wiederholt durch den Vorsitzenden Weiß in Frankfurt a. M. um Abänderung der §§ 37 und 76 der Gewerbeordnung gebeten; es wird von den Interessenten vorgeschlagen, die Festsetzung der Lagen von Interessenten selbst, vorbehaltlich polizeilicher Genehmigung, zu überlassen, und den Erlaß von Trofschneidungen und ähnlichen Bestimmungen erst nach Zustimmung der Berufsinteressen zu verfügen. Im Jahre 1892 hatte der Reichstag die Petition als Material überwiesen; der Bundesrat beschloß jedoch, dem Vorschlag keine Folge zu geben. Der Regierungsvertreter erklärte auch diesmal, daß kein genügender Grund vorhanden sei, die betreffenden Gesetzesbestimmungen zu ändern. Genosse Schmidt (Frankfurt) führte als Korreferent dagegen namentlich die langwierigen Streitigkeiten der Fuhrunternehmer in Frankfurt mit der dortigen Polizeibehörde ins Feld. Habe sich dort auch gegenwärtig, infolge der Vermittlung des Regierungspräsidenten zu Wiesbaden, der aber nach dem Gesetz hierzu nicht verpflichtet gewesen sei, ein leidlicher Zustand geltend gemacht, so seien dagegen in zahlreichen norddeutschen Städten noch neuerdings ähnliche Mißstände eingetreten. Nachdem der Regierungsvertreter nochmals erklärt hatte, daß die verbündeten Regierungen nicht gewillt seien, eine diesbezügliche Gesetzesänderung vorzunehmen, und auch einige Kommissionsmitglieder die Wünsche der Petenten als etwas zu weitgehend erachtet hatten, empfahl der Korreferent doch wenigstens den Eventualvorschlag der Petenten zu berücksichtigen. Dementsprechend stellte der Referent, Graf v. Bernstorff, den Antrag, die Petition der Reichskanzler insoweit zur Berücksichtigung zu überweisen, daß er ein Einvernehmen zwischen den verbündeten Regierungen herbeizuführen suche, wonach die Ortspolizeibehörden angewiesen werden, vor dem Erlaß von Lagen oder sonstigen das Fuhrwesen betreffenden Bestimmungen, einige durch die Berufsinteressen gewählte Vertreter zu hören. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. — Besonderes Interesse für unsere Genossen dürfte die Petition des Handlungsgehilfen Stephan, in Leipzig-Volkmarndorf, erregen. Stephan war nach der Verlängerung des kleinen Belagerungsstatus „ausgewiesen“ worden, obwohl er sich niemals zu unserer Partei bekannte. Nach seinen etwas schwülzigen Ausführungen zu urteilen, hat er sich wahrscheinlich zum öfteren über sozialistische Fragen am Bierstisch u. s. w. lebhaft unterhalten; aber Sozialdemokrat ist er offenbar nicht. Es wurde ihm auch nach 6 Jahren der Aufenthalt in Leipzig wieder gestattet, weil man sich wahrscheinlich von seiner „Ungefährlichkeit“ überzeugt hatte. Der Petent bezog, nach seiner Angabe, zur Zeit der Ausweisung ein Gehalt von 2400 M. In der Folge war er sehr häufig lange Zeit gänzlich arbeitslos, es wurde ihm fast überall mit Mißtrauen begegnet und er mußte sich mit sehr gering besoldeten Stellen begnügen. Er verlangte deshalb von der sächsischen Staatsbehörde eine Entschädigung, wurde aber natürlich überall abgewiesen. Im vorigen Jahre richtete er eine Petition an den Reichstag, die durch die Auflösung nicht zur Erledigung kam und die er nun abermals einreichte. Er fordert eine Entschädigung von 7200 M. art, für jedes Jahr seiner Verbannung die Hälfte seines früheren Einkommens. Um das Reich nicht zu sehr zu belasten, weil jedenfalls noch von verschiedenen Seiten Ansprüche geltend gemacht wurden, will er seine Forderung nicht höher stellen. Der Korreferent, Genosse Schmidt (Frankfurt), hatte in seinem Votum erklärt, daß der Wunsch des Petenten nur durch den Erlaß eines besonderen Gesetzes erfüllt werden könnte, und deshalb die Zugiehung eines Regierungskommissars, sowie die Ueberweisung an den Reichskanzler zur Erwägung beantragt. Der. entgegen beantragte der Referent Hüpeden (Lof.), „Uebergang zur Tagesordnung“. Genosse Schmidt begründete seinen Antrag, indem er ausführte, daß die sächsische Polizeibehörde allerdings nur auf Grund des Sozialistengesetzes die Ausweisung des Petenten verfügt habe, und deshalb auch nicht verantwortlich für den Verlust des Betroffenen gemacht werden könne, da dieser sich ein-gestandenmaßen mit sozialistischen Problemen befaßt habe, wenn er auch offenbar kein Sozialdemokrat sei. Jedes Kuznaden-gesetz aber, als welches sich auch das verpöbnete „Sozialistengesetz“ charakterisierte, sei in einem geordneten Reichstaate, nach der Ansicht namhafter Rechtslehrer, als v. r. w. r. e. f. l. i. c. h. b. e. t. r. a. c. t. e. t. u. m. betrachten. Da jenes zu Unrecht bestandene Gesetz offenbar eine erhebliche Zahl von Staatsbürgern empfindlich geschädigt habe, so könne man sich gar nicht wundern, wenn die Betroffenen Entschädigung verlangten. Es sei dem Korreferenten allerdings bis jetzt nicht bekannt geworden, ob von einem oder dem anderen seiner durch die Ausweisung gemöglichten Genossen solche Ansprüche erhoben wurden; das halte ihn jedoch nicht ab, die Forderung der Petenten zu befürworten. Der Reichstag in seine gegenwärtigen Zusammenkunft werde allerdings schwierig geneigt sein, aus eigener Entscheidung ein solches Entschädigungsgesetz zu beschließen. Aber vielleicht sei die Reichsregierung, nachdem sie, in Erkenntnis des Unrechts, keinen Antrag auf Verlängerung des Sozialistengesetzes mehr gestellt habe, nunmehr geneigt, noch einen Schritt weiter zu gehen durch die Botsage eines „Entschädigungsgesetzes“. Vielleicht aber könne die Petition auch als Dämpfer dienen, wenn etwa die Lust nach einer neuen Auflage des Sozialistengesetzes sich

geltend mache. Er modifizierte daher seinen Antrag auf „Ueberweisung als Material“. Der Regierungskommissar, Geh. Regierungsrath v. Jönquist, erklärte, daß die Regierung nicht beabsichtige, ein Entschädigungsgesetz vorzulegen; das Sozialistengesetz sei nicht mehr verlängert worden, weil es überhaupt nur für eine begrenzte Zeitdauer bestimmt gewesen. Ob die Absicht bestände, ein ähnliches Gesetz wieder einzuführen, darüber sei ihm nichts bekannt; er vermüthe es nicht. Würde man jedoch den Erlaß solcher Bestimmungen durchaus für nothwendig erachten, dann würde man sich auch nicht durch derartige Entschädigungsansprüche abschrecken lassen. Der Vorsitzende der Kommission erschiedete den Vorschlag, „Uebergang zur Tagesordnung“ noch für zu weitgehend; er beantragte „ungeeignet zur Erörterung im Plenum“. Ein nationalliberales Mitglied beschränkte lebhaft diesen Antrag mit der Begründung, man müsse eine solche „unliebsame“ Debatte vermeiden; worauf Genosse Schmidt bemerkte, daß nach der Geschäftsordnung eine Erörterung dieser Petition nicht verhindert werden könne, wenn er es mit 14 seiner Genossen beantrage. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Schmidt abgelehnt; außer unseren Genossen stimmten nur Gatter (Demokrat) und Weiß (F. Sp.) dafür. Der Antrag des Vorsitzenden wurde angenommen.

Petitions-Kommission. In der letzten Sitzung wurde eine Anzahl Petitionen vorgelegt, in denen von Postbeamten, Postunterbeamten und Post-Vertrauensägern gegen die von sozialdemokratischer Seite bei der ersten Berathung des Postetats angebrachte Kritik der Verhältnisse jener Beamten-Kategorien „protestirt“ wurde! Die Petitionen waren meist korrekt abgefaßt und von recht geübter (wahrscheinlich Postsekretär's) Feder geschrieben, jedoch auch weniger verdächtig erscheinende Form und Schreibart besaß sich darunter! — Die guten Leute wollten von ihnen oft selbst bitter beklagten persönlichen Beschränkungen und Befolgungen plötzlich nichts spüren, und namentlich die bösen Sozialdemokraten nicht als ihre Wortführer anerkennen. Freilich werden auch diese freiwilligen oder unfreiwilligen Protestler gar bald durch die Noth ihrer Verhältnisse zu diesem Anerkennungsgemüthen werden! — Die Petitions-Kommission beschloß, in eine Erörterung dieser Petitionen nicht einzutreten, sondern nur gelegentlich der dritten Staatsberatung dem Reichstage durch den Berichtsfasser (ohne eingehenden Bericht) den Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen.

Parteinachrichten.

Breslau. Am 15. März, Nachmittags 5 Uhr, lehrte unser Genosse Karl Zhiel, Redakteur der „Volksmacht“, nach einer Gefängnißstrafe von 17 Monaten in die goldene Freiheit zurück. Während dieser Zeit wurde er einmal gegen eine Kaution von 5000 M. auf eine Woche beurlaubt, um dem Begräbniß seiner in Zittau verstorbenen Mutter beizuwohnen zu können.

Genosse Karl Zhiel verhielte unter andern Strafen auch eine von sechs Monaten wegen Beleidigung des Landgerichts-Direktors Schmidt von hier. Bekanntlich hatte dieser in einer Gerichtsverhandlung gegen Zhiel erklärt, daß die sozialdemokratische Parteileitung den Meineid empfehle. Genosse Zhiel protestirte energisch gegen diesen Vorwurf und betrieb eine Volksversammlung ein, zu welcher Herr Schmidt besonders eingeladen war, um seine Angriffe zu rechtfertigen. Derselbe erschien jedoch nicht und die sehr zahlreich besuchte Versammlung nahm einstimmig eine von Zhiel vorgeschlagene Resolution gegen Schmidt an. Durch dieses Vorgehen Zhiel's fühlte sich Herr Schmidt nun beleidigt und stellte gegen Zhiel Strafantrag. Der „Vorwärts“ hatte seinerzeit mit Recht darauf hingewiesen, daß dies der interessanteste Prozeß sei, der sich je vor einem deutschen Gerichtshofe abgespielt habe. Die Strafe von sechs Monaten Gefängniß war nun selbst eine für Breslauer Verhältnisse ungemein hohe und wurde namentlich damit begründet, daß dies den ersten Anlauf der Sozialdemokratie gegen die heutige Justiz bedeute und deshalb empfindlich zurückgeschlagen werden müsse. Nun sind am 15. März sämmtliche Strafen „abgehülst“ und Genosse Karl Zhiel tritt als „verbesserlicher Sozialdemokrat“ wieder in die Reihen der Genossen zurück, um mit frischen Kräften den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung aufzunehmen.

Daß die Vorberer der „N. Westf. Zig.“ auch die alte Kloake am Rhein nicht ruhig schlafen lassen würden, war wohl jedem klar und so leistet sich dieses ehrenwerthe Blatt neuerdings nachstehendes Elaborat, welches verdient niedriger gehalten zu werden:

Bochum, 6. März. Unsere Stadt kam gestern auf „Bewunderungen“ nicht heraus. Nicht genug, daß es einem frechen Schurken gelungen war, durch Regen von Dynamitpatronen die Bürgerkassa in Schreden zu setzen, auch eine sozialdemokratische Versammlung erregte die Gemüther. Der Dynamitheld ist in der Person des 23-jährigen früheren Bergarbeiters Pfeiffer aus Düsseldorf, der 2½ kg. Dynamit gestohlen hatte, verhaftet. Er erklärte, wenn ihm nicht die Jügendjurur ausgegangen wäre, würde er die übrigen von ihm gelegten Patronen ebenfalls zur Explosion gebracht haben. Was die sozialdemokratische Versammlung betrifft, so fand dieselbe gestern Abend oder vielmehr Nachts in der Tonhalle statt. Die Partei führte den Genossen den früheren Predigtamts-Kandidaten v. Wächter vor, der mit einer Begeisterung, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, über den Zusammenhang zwischen Christenthum und Sozialdemokratie sprach. Hiesige Redner versuchten ihn zu widerlegen, machten aber keinen Eindruck und hätten sich füglich die Mühe sparen können. Bei Volksversammlungen kommt es meist weniger auf die Sache, als die Jüngengewandtheit an. Anderthalb Stunden nach Mitternacht ging die Versammlung erst zu Ende.

Auf eine Hand voll mehr oder weniger kommt es da den Ehrenleuten nicht an, wo es gilt, den Sozialdemokraten eins auszuweisen, und wenn das nichts hilft, so ist Mahai an's Legten. Das löstlichste an der Sache ist das naive Eingeständniß des Blattes, daß dortige Redner den Genossen zu widerlegen suchten, damit aber keinen Eindruck machten und sich also die Liebeshöhle hätten sparen können. Denselben Rath schickte die werthe Redaktion selbst geben können.

Zur Behandlung politischer Gefangener. Genosse Hülle hatte, bevor er seine letzte Gefängnißstrafe von 14 Tagen austrat, ein Besuch an die Staatsanwaltschaft um Strafausschub bis nach Erledigung der zahlreichen im Monat Februar gegen ihn anstehenden Prozeßverhandlungen gerichtet und gleichzeitig gebeten, ihn für den Fall der Ablehnung schriftstellerische Selbstbeschäftigung und zu diesem Zwecke die Lektüre von D. v. Sabel's „Geschichte der Begründung des Deutschen Reiches“ und Corvin's 1848-1871. „Geschichte der Neuzeit“ zu gestatten. — Auf seine Eingabe erhielt Hülle am 17. Februar, als er schon 3 Tage im Gefängniß zugebracht, in Bezug auf den erbetenen Strafausschub ablehnenden Bescheid, über seine Beschäftigung im Gefängniß werde nach seiner Entlassung entschieden werden.

Eine definitive Antwort auf sein Gesuch um Selbstbeschäftigung hat Hülle nicht erhalten. Er wurde während seiner Gast im Neben von „Hofentragertrippen“ beschäftigt. Jede Lektüre war ihm entzogen, wenn man nicht das „Evangelische Sonntagsblatt“, das ihm während der beiden in seine Haftzeit fallenden Sonntage verabfolgt wurde, als solche bezeichnen will. Die Beleidigungsgelasse Hülle's gegen den ersten Staatsanwalt Loren, liegt gegenwärtig beim Amtsgericht.

Revolutionär. Gegen den Genossen Haug in Mühlhausen i. C. ist von der Staatsanwaltschaft bei dem Kaiserlichen Landgericht Mühlhausen Strafantrag gestellt wegen „Auf-

stößens aufrührerischer Rufe“. Derselbe hat nach der Anklageschrift am 15. Januar d. J. in der „Dreikönigshalle“ eine zahlreich besuchte sozialdemokratische Volksversammlung geleitet und am Schluß derselben an die Umstehenden die Aufforderung gerichtet, noch ein Hoch auf die revolutionäre internationale Sozialdemokratie auszubringen. Das Hoch selbst brachte er dann mit den Worten aus: „Die Sozialdemokratie lebe hoch!“ Die Bemerkungen des Staatsanwalts werden nun dahin gehen, daß der betreffende Ausruf ein „aufrührerischer“ im Sinne des Gesetzgebers ist. Ein solcher kann ihm nicht beigelegt werden, da die Sozialdemokratie — das ist in vielen Schriften niedergelegt und in unzähligen Reden gesagt — revolutionär ist nur im Sinne der geschichtlich sich vollziehenden Entwicklung. Einzelne Verbrechen in Sachen ausgenommen, hat es auch noch nie eine Behörde unternommen, gegen Hochausbringen vorzugehen.

Die Wahlkreis-Konferenz des IX. württembergischen Reichstags-Wahlkreises findet am 25. März zu Ebingen im „Gasthaus zur Wachtel“ statt. Die Tagesordnung lautet: Anträge zur Agitation, Stellungnahme zu den Landtagswahlen und Verschiedenes.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Abgelehnt wurde der Antrag des Genossen Schenderlein in Greiz um Wiederaufnahme des Verfahrens in der Beleidigungsklage des Warrers Hoffmann in Dölan gegen Trognitz und Schenderlein.

Soziale Ueberblick.

Auch im Lande der Kruste bestimmen sich die Arbeiter darauf, daß sie Menschen sind. In der großen Spinnerei von Guesenberg in Jaworze, so wird aus Warschau vom 13. d. M. gemeldet, haben über 8000 Arbeiter einen Generalstreik eröffnet. Es braucht wohl kaum erst erwähnt zu werden, daß die russische Polizei bei dieser Gelegenheit ihr Recht auf Vestalität durch zahlreiche Verhaftungen betätigte.

Die Sonntagsruhe der Bäcker in Ungarn. Eine Deputation von 70 Gehilfen in Budapest hat sich, wie die „Austria“ meldet — zum Handelsminister begeben, um ihn zu bitten, daß er seine Verfügung, womit die Sonntagsruhe bei den Bäckern abgeschafft werde, zurückziehen oder wenigstens umändern möchte. Herr Lukacs erklärte — wie die „Austria“ mit Genugthuung hervorhebt — er habe diese Verfügung im Interesse der Konsumenten erlassen und warne die Gehilfen eindringlich, etwas dagegen zu unternehmen, was den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stören könnte. So also stellen sich die Regierungen den „Frieden“ vor zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Zu den 400 Streikenden der Lampenfabrik von Gebr. Brunner in Wien sind noch 800 der Firma Dittmar hinzugezogen, so daß jetzt 1200 Arbeiter der Lampenbranche im Ausstand sich befinden. Die Unterhandlungen haben noch zu keinem Resultat geführt. Zug ist streng fern zu halten; die Unternehmer versuchen Arbeiter aus Deutschland zu erhalten. Anfragen und Sendungen sind zu richten an E. Cerner, Wien III, Wassergasse 4.

Theater.

Im Neuen Theater wurde am Sonnabend ein Schauspiel: „Marguerite Bernard“ nach dem Französischen des Frederic Carmon zum ersten Male gegeben. „La Femme“, das Weib, heißt das Stück im Original. Es reiht sich der endlosen Summe französischer Bühnenwerke an, in denen einzig und allein das geschlechtliche Verhältnis zwischen Mann und Weib erörtert wird. Mann und Weib aber sind hier nicht im weitesten Begriffen aufzufassen. Es handelt sich immer nur um einen winzigen, bevorrechteten Bruchtheil der Menschheit. Für diese Gesellschaft ist es charakteristisch, daß der Bühnenautor bei seinen Männern fast niemals einen Beruf, ein Arbeitsziel anzugeben weiß. Aus der Welt müßiggehender Horenmerker holt sich der Verfasser seine Beispiele und seine Typen. In dieser Welt der Verzärtelten spielt die geschlechtliche Liebe mit ihren Entartungen, mit ihren nervösen Ueberreizungen, mit ihren überhöhten Phantasereien allerdings eine ungleich bedeutendere Rolle, als in der Welt derer, die im werthbätigen Leben stehen. Durch ihre Einseitigkeit sind die Franzosen zu den erstaunlichsten Variationen über das Thema geschlechtliche Liebe der Beschäftigungslosen gekommen, aber trotz einzelner geilen Triebe am Stamm der französischen Bühnenproduktion verklärter dieser Stamm in der Gegenwart. Es hat sich an den Pariser Bühnenautoren gerächt, daß sie vom werthbätigen Leben und den mannigfachen Empfindungen, die aus ihm emporquellen, sich so engberzig abschlossen. Sie sind heute verarmt. Und wenn der gute dicke Sarcey im Pariser Tempel, der Kritiker, der von der Pariser Bourgeoisie wie ein Delgöbe verehrt wird, bei jedem neuen Pariser Bühnenwerk seinen Beseren vorlaut, was er ihnen nun schon seit Jahrzehnten predigt, und wenn eifertige Korrespondenten über jeden Pariser Quark ihren Blättern spaltenlange Berichte senden, heute läßt es sich nicht mehr vertuschen: die Pariser Komödie muß, soll sie sich von ihrem Niedergang erholen, wieder Beziehungen zur lebendigen Gegenwart suchen. Sie muß aus dem unfähigen engen Kreis, in den sie heute gerathen ist, auf freiere Höhen treten. Denn schließlich versimpelt selbst der wichtigste und erfinderischste Mann, wenn er ewig aus einem ausgepressten und verdorrten Thema frische Säfte gewinnen soll. Wie schildert Herr Carmon „Das Weib“? Wie eine vollständig Entartete, die gewissenlos, albern und roh wird, wenn ihr Satan nahe. Dieser Satan ist ein unbedeutender junger Herr, der auf das verflochtene Gemüth und Gewissen eine suggestive Wirkung ausübt, die alle übrigen Empfindungen in der Frauenseele tötet. Er hat Frau Marguerite verführt und sie mit einem Kinde sitzen lassen. Frau Marguerite hat geheiratet und ihre Vorgeschichte verdrängt. Ihr Gatte triest von Edelmut. Seine überausliche Liebe macht ihn sogar zum Schwächling und alle Opfer, die er bringt, vermögen nichts vor Frau Marguerite. Sie braucht nur die Tritte ihres Verführers in der Nähe zu hören, und La Femme, die Niederrichtige, legt sich wimmernd dem gemeinsten Mann zu Füßen. Dies Herrbild auf die Frau ist gewiß ungeheuer gemacht und Herr Carmon verläßt nicht über die große Kunstfertigkeit, mit der mancher Pariser Bühnenautor seine Idemarmut verkleidet. Aber dennoch ist sein Nachwerk bezeichnend für die ganze, so lässlich einformige Art der Pariser Bühnenautoren der Gegenwart. Man findet einen Typus des Weibs, das in schwüler Atmosphäre zur Hysterischen aufgewachsen ist, fast verallgemeinert man sein bischen wirkliche oder geahmte Erfahrung und ruft aus: „Siehe, die Frau!“ La Femme! Schade um die Mühe, die sich so tüchtige Schauspieler, wie Fel. Bertens (Marguerite), Herr Jarno (ihr Gatte) und Herr Ritter nahmen. In den ersten Stellen war das Publikum zur Heiterkeit geneigt.

Vermischtes.

Dresden, 12. März. In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag wurde auf der Pferdebahnstraße Hirtstraßen-Platz während der Fahrt in der Nähe des Siegesplatzes von Unbekannten auf den Konduktör Jettel geschossen. Der Schwerverletzte wurde in das benachbarte Karolahaas gebracht, wofolst er nach 2½ Stunden verstarb, ohne die Bestimmung wieder erhalten zu haben. Die Geldstrafe wurde mit vollem Inhalt vorgefunden, sodas ein Raubmord ausgeschlossen ist. Vom Täter fehlt jede Spur, ebenso ist das Motiv der That unbekannt. Unter der Bevölkerung herrscht große Aufregung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 13. März.
Opernhaus. Mara. Die Puppen-see. Bajazzi (Pagliacci).
Theater am Lustgarten. Dasantafena.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Dorf und Stadt.
Festung-Theater. Madame Sans-Gêne.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater. Der lustige Krieg.
Kessels-Theater. Der Maskenball.
Vorher: Vermischte Anzeigen.
Neues Theater. A Basso Porto.
Central-Theater. Ein gesunder Junge.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.
Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Der Trompeter von Säckingen.
National-Theater. Die blonde Gina.
Hierauf: Die Weber.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Volksvorstellung zu bedeut. ermäßigten Preisen.

Die blonde Gina.

Volksstück mit Gesang und Tanz in 1 Akt von Julius Reue. Regie: Rhode-Edeling.

Die Weber.

Schauspiel in 4 Akten von Carl Peters. Regie: Max Samst. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Arbeitslosen von Berlin.

Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Hugo Busse. Musik von Hugo Meyer-Ferron. Sonntag Nachmittag 3 Uhr: Volks-Vorstellung.

American-Theater.

Dresdener-Straße 55. Jeden Abend 8 1/2 Uhr:

Lumpensusanne

oder:
Die Obdachlosen von Berlin. Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner. Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen.

Die Bombe, Aftersommertheater im Müllwinkel des "Sonnenaufgangs"

Josephine Delicissour. Brunwald - mit bewegter Vergangenheit. Martin Bendix.

Täglich: Auftreten des besten Baudredners d. Zeitzeit

H. Blank.

Ferner u. a.:

"Direktor Hippe"

von Martin Bendix, sowie Eugen Fohler. Sächsischer Original-Humorist, Alfred Bender. Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Böhmisches Brauhaus,

Sandberger Allee. Dienstag, den 13. März cr.: Letzte Soiree der

Stettiner Sänger

vor Ostern. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate). Zum Schluss:

Auf allgemeines Verlangen:

(Unbedingt letzte Aufführung)

Gine Soiree bei Lehmann's.

Parodistisches Ensemble von Reysel. Donnerstag: Sanssouci.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante.

Schwanz in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher:

Die Bajazi.

Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 90. Zum 8. Male:

Novität! Ein gesunder Junge.

Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jean Kren. Musik von Julius Einödhofer. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79. Welt. u. größt. Stabkaffee. Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree der ersten Wiener Damenkapelle "Dittl" und Auftreten von Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges. Täglich Auftreten der Miss Webb, Taubenkönigin, mit ihren 24 dressierten Tauben. Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf. 3 Regelbahnen. 6 Billards, pro Stunde 60 Pf. C. Koch, jr. Gambrius.

Säle für Versammlungen und Festlichkeiten

sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.



Passage-Panopticum.

Die Glocke von Fr. v. Schiller. Musik von Romberg. Dargestellt in 15 lebend. Bildern.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Täglich:

Spezialitäten-Vorstellung und Konzert

von nur Künstlern I. Ranges. Auftreten der Ballet-Gesellschaft Columbia (10 Damen), Balletmeisterin Rosa Fricka. Auftreten der Elite-Parterre-Akrobaten u. Pantomimentruppe Hernandez. Im Mädchen-Pensionat. Romische Pantomime mit Ballet. The Willon's, Doppel-Jongleure. José di Dios, Kostüm-Soubrette. Geschw. Howala, Quettistinnen. G. Cordes, Gesangs-Humorist. Anfang: Sonntags 8 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree Wochentags 50 Pf. A. Zimmormann.

Castan's Panoptikum.

Neu! Eine Neu!

Vision: Psammenit,

der lebende Mumienkopf.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage). Großer Erfolg:

Bummel-Fritze.

Posse mit Gesang in 2 Bildern. Neue Debüt!

Estree 15 Pf., reservirt 30 Pf. R. Winkler.

Dem Restaurateur und Vereinsbruder Ernst Siegmund zum heutigen Wegegeld ein donnerndes Hoch, daß die ganzen Bullen wackeln. Ernst geh' mal rann. 23006 Die Vereinsbrüder.

Die glückliche Geburt einer Tochter zeigen hoch erfreut an 22916 Friedr. Hofmann u. Frau.

Dankagung.

22955 Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme, die zahlreichen Krankschreiben und die so sehr rege Beteiligungs bei der Beerdigung meines mir unvergesslichen lieben Mannes Paul Müller meinen tiefgefühltesten Dank. Im Namen der Hinterbliebenen: Frau Müller nebst Kindern.

Dankagung.

22945 Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme und die zahlreichen Krankschreiben bei der Beerdigung unseres Sohnes und Bruders des Tapezierers Feix Gogel sagen wir allen Freunden, insbesondere den Kollegen des Verstorbene, sowie dem Gesangsverein "Nord-Jubiläum" unseren innigsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Meinen innigsten Dank den Kolleginnen der Firma Philippson und Beschinka für die reiche Krankschreiben meiner dahingeshiedenen Frau. Der tieftrauernde Gatte H. Wille.

Der Unterzeichnete bezeugt aufrichtig die im Januar gegen seinen Bruder Reinhard Wienisch gethane Klünderung, daß derselbe mich um mein Erbtheil betrogen und erkläre dies als eine Unwahrheit. 22936 Karl Wienisch, Kottbusser Ufer 59.

Bekanntmachung

der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute u. Apotheker. Delegirten-Ergänzungswahl.

Behufs Vornahme der Ergänzungswahl, welche auf Grund der §§ 49 ff. des neuen Statuts vom 14. Dezember 1892 für die im Laufe des Jahres ausgeschiedenen Vertreter statthabend hat, werden die Arbeitgeber, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen Beiträge aus eigenen Mitteln zur obengenannten Kasse zahlen, sowie die Kassemitglieder mit dem Bemerkten geladen, daß 65 Vertreter der Arbeitgeber und 33 Vertreter der Kassemitglieder zu wählen sind. - Beide Versammlungen finden in dem Louise-nähtisch. Konzerthause, Alte Jakobstr. 37, am Mittwoch, den 21. März 1894, statt und zwar

1. für die Arbeitgeber von Abends 8 Uhr bis 9 Uhr an (um 8 1/2 Uhr beginnt der Wahlakt und werden während desselben die Thüren gemäß § 38 Abs. 4 des Statuts geschlossen),

2. für die Kassemitglieder von Abends 9 Uhr (um 10 Uhr beginnt der Wahlakt und werden während desselben die Thüren gemäß § 38 Abs. 4 des Statuts geschlossen).

Für die Kassemitglieder dient das Quittungsbuch als Ausweis. Berlin, den 11. März 1894.

Der Vorstand.

Straube, Vorsitzender, Greifswalderstr. 20. W. Krudt, Schriftführer, Greifswalderstr. 32.

Berl. Bock-Brauerei

Tempelhofer Berg: [2289b] 55. Bock-Saison.

Täglich: Gr. Militär-Konzert.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Dienstag, den 13. März cr.: Abends 7 1/2 Uhr:

Jubiläums-Vorstellung.

Zum 25. Male: Auf auf zur fröhlichen Jagd! Parforce- u. Kasabeneritt. Ballet von 100 Damen. Reute von 40 Hunden. Außerdem: der ospr. Hengst Blondel und Monstro-Tableau v. 60 Pferden, vorgeführt vom Direktor Fr. Renz; das Schulpferd Cromwell, geritten v. Frau O. Oceana Renz; die Post mit 12 Pferden, ger. von Herrn Gustav; die karischen Spiele in der Luft, ausgeführt von der Troupe Dainest; die Hand-Akrobaten Gebrüder Detroit, cc. Morgen: Auf auf zur fröhlichen Jagd!

Fr. Renz, Direktor.

Die Beleidigung gegen Herrn F. Klodt nehme ich zurück. F. Hartmann.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Große öffentliche Versammlung

sämmtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Siemens & Halske

am Mittwoch, den 14. März 1894, Abends 8 Uhr, im Lokale von Martens, Friedrichstr. 236.

Tages-Ordnung: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Siemens und Halske und die „Protest“-Versammlung der „Stützen“ des Berliner Werkes. Die Differenzen im Wiener Werk. Referent: Otto Naether.

2. Diskussion. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Siemens & Halske werden ersucht, vollständig zu erscheinen. Zugleich werden die Kollegen sämmtlicher elektrotechnischen und Telegraphenfabriken hierzu eingeladen. 497/2

Arbeiter-Bildungsschule

Mittwoch, den 14., Abends 8 1/2 Uhr, Rosenthalerstr. 33 (II. Saal). Alle früheren und jetzigen Schüler des Elementar-Unterrichts, welche auch ferner vom April der Schule treu bleiben, werden zu einer Besprechung eingeladen. 454/20

Der Vorstand.

Achtung! Maurer Achtung!

Berlins und Umgegend! Donnerstag, den 15. März, Abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in Brochnow's Salon, Sebastianstraße 39. Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegirten zu der am 26. und 27. März in Grimnischau stattfindenden Konferenz deutscher Maurer. 445/11

2. Der Pflanzbau der Innungs-Maurermeister Lachman & Zander. 3. Verschiedenes. Der wichtigen Tagesordnung wegen ersucht um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Der Vertrauensmann: W. Uecker, Thurmstraße 28.

Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 14. März, Abends 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung für Moabit in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit Nr. 47-49.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Millarg über: Arbeitslohn und Unternehmerrückgewinn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie sowie die Gasanstalts-Arbeiter sind noch besonders hierzu eingeladen. Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt. 161/18

Die Agitations-Kommission. J. A. O. Schüler, Trebbowstr. 30.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 14. März, Abends 8 Uhr, in der Brauerei Moabit, Thurmstraße 26:

Bezirks-Versammlung in Moabit.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. Um rege Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Tapezirer!

Dienstag, den 13. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Boltz (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße Nr. 75: Versammlung des Fachv. der Tapezirer.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Der Klassenkampf und seine Bedeutung für das Proletariat“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 812/13

Kollegen! In der letzten öffentlichen Versammlung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der sich die Tapezirer verpflichten, der Gewerkschaftsorganisation beizutreten. Wir erwarten daher, daß Ihr zahlreich erscheint. Der Vorstand.

Wilmersdorf.

Am Mittwoch, den 14. März, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schulz, Augusta- und Berlinerstraßen-Ecke:

Oeffentl. Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Aufstellung eines Kandidaten für die 3. Wählerklasse. 3. Verschiedenes. Die Wahl findet am Freitag, den 16. März, im Viktoria-Garten, Wilhelmstraße 114, von 12-4 1/2 Uhr Nachmittags für die 3. Wählerklasse statt. Pflicht eines jeden Wählers ist es, sich hieran zu beteiligen. Das Komitee. 479/14

Orts-Krankenkasse der Stein-drucker u. Lithographen, Berlin. Zu der am Dienstag, den 20. März cr., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal Sophienstraße 15 stattfindenden ersten außerordentlichen General-Versammlung werden hiermit sämmtliche Herren Vertreter der Arbeitgeber, sowie der Kassemitglieder ergebenst eingeladen. Tages-Ordnung: 1. Beschlußfassung und Abänderung der §§ 16, 30, 41, 42 und 57, Abs. 1 des Statuts. 2. Verschiedenes. Der Vorstand. J. A. M. Stuhlmann, 22885 Vorsitzender.

Kartoffelland in H. Parzell. ist bei Bahnh. Gesundbr. zu verp., Vermess. Sonntags v. 8-10 Uhr. Paul Fricke. 68/9

Ortskrankenkasse d. Möbelpolierer

Sonnabend, den 17. März, Abends 8 Uhr, Ordentl. Generalversammlung bei Wille, Andreasstr. 26. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Bericht der Revisoren und Decharge-erteilung. 3. Anträge. 4. Mitteilungen über Zentralisation der Krankenkassen, freie Herzwahl. 449/9

Gustav Reuter, Vorsitzender. Julius Herzer, Schriftführer.

Saal Vereinszimmer für 120 Personen Alte Jakobstr. 89.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt die gefragte Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

59. Sitzung vom 12. März 1894, 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Caprivi, v. Marschall, v. Thielmann, v. Bötticher, v. Heyden, Graf v. Posadowsky, v. Berlepsch.

Das Haus genehmigt zuerst in dritter Lesung die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit Spanien und setzt dann die zweite Beratung des deutsch-russischen Handelsvertrages fort beim Artikel 19, welcher lautet:

Die beiden vertragschließenden Theile behalten sich das Recht vor, ihre Eisenbahntransport-Tarife nach eigenem Ermessen zu bestimmen. Jedoch soll weder hinsichtlich der Beförderungspreise, noch hinsichtlich der Zeit und Art der Abfertigung zwischen den Bewohnern der Gebiete der vertragschließenden Theile ein Unterschied gemacht werden. Insbesondere sollen für die von Russland nach einer deutschen Station oder durch Deutschland beförderten Gütertransporte auf den deutschen Bahnen keine höheren Tarife angewendet werden, als für gleichartige deutsche oder ausländische Erzeugnisse in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke erhoben werden. Das Gleiche soll auf den russischen Bahnen für Gütertransporte aus Deutschland gelten, welche nach einer russischen Station oder durch Russland befördert werden. Im Schlussprotokoll wird zu Art. 19 bemerkt: Die vertragschließenden Theile werden einander im Eisenbahntarifwesen, insbesondere durch Herstellung direkter Frachttarife, thunlichst unterstützen. Namentlich sollen letztere nach Danzig, Königsberg und Memel eingeführt werden. Zugleich sollen die Frachttarife für die im russischen Eisenbahntarif zum Getreide gerechneten Artikel, sowie für Flach und Hanf von den russischen Aufgabestationen bis zu den erwähnten Häfen nach denjenigen Bestimmungen gebildet und unter die am Transport beteiligten deutschen und russischen Bahnen verteilt werden, welche für die nach Riga und Vitebsk führenden russischen Eisenbahnen jetzt in Kraft sind oder treten werden. Die außer den Frachttarifen erhobenen Zuschläge (Nebengebühren) sollen in gleicher Weise gebildet und der Betrag derselben nach den russischen Vorschriften unter die beteiligten Linien verteilt werden, wobei man darüber einverstanden ist, daß nur eine einzige Grenzgebühr, die den russischen und den deutschen zur Grenze führenden Bahnen zu gleichen Theilen zufällt, erhoben werden darf. Diese Verpflichtung bezieht sich nur auf die beiderseitigen Staatsbahnen; doch werden die beiden Regierungen dahin zu wirken suchen, daß die Privatbahnen bei der Tarifbildung und Frachtverteilung auf ihren Linien die gleichen Grundsätze anwenden. Sollten sich jedoch trotzdem die am Verkehr in einer der bezeichneten Richtungen beteiligten Privatbahnen diesen Grundsätzen der Tarifbildung und Verteilung nicht unterwerfen, so sollen diese Grundsätze auch für die Staatsbahnen nicht mehr bindend sein. Die bestehenden besonderen Bestimmungen zur Regelung des Wettbewerbes zwischen Königsberg und Danzig bleiben in Kraft.

Abg. Graf Wirbach (D.): Es ist in der Kommission zugegeben worden, daß hauptsächlich der preussische Staat sich eines Theiles seiner Hoheitsrechte in bezug auf die Tarifbildung begeben. Es ist aber dankbar anzuerkennen, daß den Städten Danzig und Königsberg diese Ausnahmetarife erhalten sind, wenigstens in bezug auf die Relation zu Riga und Memel. Bedauerlich ist aber, daß durch die Verabredung des Art. 19 eine weitere Ausdehnung der Konkurrenz Russlands auf dem Gebiete des Getreidehandels begünstigt wird. Besonders werden die Danziger und Königsberger Mühlen sich freuen; aber die andern Mühlen Ost- und Westpreußens werden sich darüber nicht freuen. Es zeigt sich hier wieder das Bestreben, die Bevölkerung immer mehr in die Hauptzentren des Verkehrs zu drängen (Zustimmung rechts). Bedenklich ist es, daß man Oesterreich und Ausland die Gütertarife in vollem Umfange konzedit hat. Wir sind in der Lage, von Russland das Gleiche zu verlangen. Aber das ist sehr wenig. Es giebt in Russland Export- und Importtarife und Russland exportirt sehr viel mehr als Deutschland dorthin exportirt (Zustimmung rechts). Der Kohlenexport aus Oberschlesien wird nicht erheblich werden: die russischen Kohlenwerke verstehen die Sache zu machen. Daß die Handelsvertragspolitik bedenkliche Folgen haben wird, sowohl in politischer wie in finanzieller Beziehung, habe ich schon mehrfach ausgeführt. Das letztere hat der Finanzminister Miquel zugestanden. Die Reichs-Jolleinnahmen und die preussischen Eisenbahneinnahmen werden durch die neueste Zollpolitik geschädigt. Besonders eifrig hat sich die bayerische Kammer mit den preussischen Staffeltarifen beschäftigt, während in Bayern erhebliche Tarifermäßigungen bestehen für die Ausfuhr von Bier, Cement, Chloralkali, Steinlohlen, Malztraber, Holz und Steine, und es bestehen große Erleichterungen für die Zufuhr österreichischen Getreides. In Bayern bestehen große zollfreie Lager, in welchen die Getreidemassen ein Jahr lang zinsfrei lagern und es steht den Lagern frei, das Getreide in Bayern abzugeben oder mit der Prämie der Reexpeditionen gegenüber weiter nach Rheinland zu verschiften. (Hört! rechts.) Also die Bayern denken über die Tarifermäßigungen auf ihren eigenen Bahnen anders als auf den preussischen Bahnen. Da muß das Aufstehen der bayerischen Kammer, ich will nicht sagen lompisch, aber befremdend wirken. Die preussische Regierung sollte doch diese Staffeltarife bekämpfen im preussischen Interesse. Deutschland als geschlossenes Ganzes soll im Wettbewerbe mit andern Staaten seine Kräfte frei entfalten; das kann es aber nur, wenn es die Tarife auf weite Entfernungen verbilligt. Denn worunter leidet z. B. der Osten? Dort sind noch große Holzvorräthe vorhanden, die wegen des weiten Transports nicht lohnend verwendet werden können. Ich verurtheile die Handelsverträge politisch wesentlich von dem Gesichtspunkte aus, daß man die landwirthschaftlichen Hölle nach oben bindet in einem Augenblicke, wo uns die auswärtige Konkurrenz verderblich wird; ich verurtheile diese Politik aber auch deswegen, weil Deutschland sein Eisenbahntarifsystem bindet andern Staaten gegenüber (Zustimmung rechts), jedoch es nicht im Stande ist, dasselbe zu reformiren. Die Politik des Deutschen Reiches hat Preußen gezwungen, sein Eisenbahntarifsystem zurückzuschrauben. Ich sehe darin nicht eine Dissonanz zwischen Preußen und Deutschland; bei der Bedeutung Preußens für Deutschland konnte die Handelsvertrags-Politik nur inauguriert werden in Uebereinstimmung der preussischen Staatsmänner mit denen des Reiches. Man kann einem Konservativen ja jede Selbständigkeit der Meinung absprechen. Aber die Logik gebietet, daß, was im Reiche geschieht, vollständig den Ansichten der preussischen Regierung entspricht; deshalb danke ich dem preussischen Finanzminister Miquel für seine Anerkennung der Handelsvertrags-Politik (Zustimmung rechts.)

Preussischer Gesandter in Hamburg v. Thielmann: Die Staffeltarife haben mit dem Artikel 19 nichts zu schaffen, denn die Staffeltarife in Preußen sollen aufgehoben werden, nicht weil wir einen Vertrag mit Russland abschließen wollen, sondern weil sie geeignet sind, einen großen Theil des deutschen Vaterlandes wirtschaftlich zu schädigen. Er müsse entschieden befreiten, daß die russischen Tarife jetzt schon so niedrig wären, daß dadurch der Export russischen Getreides über Königsberg und Danzig nach Berlin eine un-

verhältnismäßige Begünstigung erfahre. Die russischen Sätze seien auf eine sehr große Entfernung von den Häfen erheblich höher, als unsere preussischen Staffeltarife. Ebenso unbegründet sei die Befürchtung, daß das zum Durchgangstarif nach Königsberg oder Danzig gelangte russische Getreide ins Innere der Provinzen Ost- und Westpreußen würde zurückströmen können, denn die Frachten nach dem Innern würden sich höher stellen, als eine Verfrachtung von der Grenze.

Abg. Kröber erklärt sich namens der süddeutschen Volkspartei gegen die Staffeltarife; aber er und seine Freunde seien nicht grundsätzlich gegen die Staffeltarife, wenn dieselben einheitlich geordnet würden, und wenn nicht die Eisenbahnen die auswärtigen Waaren ebenso billig fahren müßten, wie die einheimischen.

Abg. Hammacher (natl.): Da die Aufhebung der Staffeltarife beschlossene Sache ist, so hat es wenig Zweck, sie hier im Reichstage zu behandeln. Ich möchte nur empfehlen, mit der Aufhebung so bald als möglich vorzugehen. In bezug auf die Eisenbahntarife würde es an der Zeit sein, eine Centralbehörde einzusetzen, welche die Beobachtung der Verfassung in dieser Beziehung überwacht. Was würde aus dem Verkehr mit Russland, wenn wir den Art. 19 nicht hätten? Würde nicht erst recht Ausland freie Hand haben, seine Eisenbahntarife zu gestalten und dadurch die Zollermäßigungen illusorisch zu machen?

Abg. v. Hammerstein (D.): Der Reichskanzler hat allerdings dagegen protestirt, daß Preußen gezwungen sei, die Staffeltarife auszuheben. Aber etwas eigentümlich ist die Entstehungsgeschichte dieser Angelegenheit doch. Im Juni 1893 erklärte die preussische Regierung, daß die Staffeltarife wirtschaftlich und finanziell gerechtfertigt seien. Damals wußte sie doch schon, daß mit Russland verhandelt wurde und wenn die Staffeltarife damit direkt in Verbindung ständen, so hätte eine solche Erklärung damals doch nicht abgegeben werden können. Redner bleibt bei seiner in der Kommission aufgestellten Meinung stehen, daß der Transport vom Innern Russlands über Danzig nach Berlin für russisches Getreide sehr billig sein würde; von einer Umladung in Danzig brauche keine Rede zu sein; denn in der Kommission sei nur erklärt worden, daß die Regierung eine solche Umladung einrichten könne. Die von der preussischen Eisenbahnverwaltung aufgestellten Zahlen stimmen nicht recht mit denen überein, welche aus Expeditionskreisen mitgetheilt sind. Wenige Tage vor Abschluß des Vertrages hat Russland den Zoll für Zucker in Finnland erhöht, soweit er nicht aus Russland kommt. Eine solche Manipulation kurz vor Abschluß eines Vertrages, der eine solche Erhöhung verbietet, ist doch auffallend. Ebenso auffallend ist es, daß die Schulen der deutschen Kolonisten nicht mehr die Selbstverwaltung erhalten sollen, daß die Schulverwaltung nicht mehr Grundbesitz erwerben kann. (Hört! rechts.)

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Ich will nur auf die Angriffe antworten, welche der Redner gegen die preussische Staatsregierung gerichtet hat. Er hat aus der Erklärung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 28. Juli 1893, die Staatsregierung sei mit den Staffeltarifen durchaus zufrieden, gefolgert, entweder müsse das preussische Staatsministerium nicht in allen Stadien der Unterhandlungen hinreichend unterrichtet gewesen sein oder der preussische Handelsminister hätte wissen müssen, daß der Vertrag mit Russland kam. Der Einwand erledigt sich sehr einfach aus dem Datum. Am 28. Juli 1893 waren wir in den ersten Stadien des schriftlichen Verkehrs mit Russland und weder ich noch irgend ein Mensch konnte um die Zeit mit einiger Wahrscheinlichkeit wissen, ob ein Handelsvertrag mit Russland und ein Gesetz über den Identitätsnachweis zu Stande kommen werde. Die Sache mit den Staffeltarifen bezeichnet der Redner als ein Handelsgeschäft; der eine Kontrahent sei das preussische Staatsministerium, den andern kenne er nicht. Ich bin erstaunt, daß er das nicht weiß. Hat der Herr Abgeordnete keine Kenntniss von dem Antrag Gdels im Abgeordnetenhaus, hat er nicht die Rede des Freiherrn v. Schorlemer im Herrenhause gelesen? Wer Kenntniss von diesen Dingen hat, wird wissen, wer der zweite Kontrahent war.

Abg. Schädel (Z.) verurtheilt die bayerische Kammer dagegen, daß Graf Wirbach es lompisch oder eigentümlich gefunden habe, daß die bayerische Kammer sich mit den preussischen Staffeltarifen befaßt habe. Die bayerische Kammer wird es sich nicht nehmen lassen, sich mit Dingen zu befassen, welche das vitale Interesse Bayerns betreffen. (Zustimmung im Centrum.) Von einem Staffeltarif für Baumwolle ist in Bayern gar keine Rede. Wenn die Aenderung des Herrn Hammacher von einer Centralstelle darauf hinausgehen soll, daß Bayern seine selbständige Tarifstellung verlieren soll, so wird er sich täuschen. Alle Bayern werden sich gegen eine solche Verzichtsleistung auf ein bayerisches Recht erklären. (Zustimmung im Centrum.)

Preuß. Geh. Rath Mühlhausen: Es handelt sich um Ausnahmetarife für Frachten loco Danzig und Königsberg. Diese Ausnahmetarife der Tarife wird gewahrt werden, indem wir positiv eine Umladung des Getreides vorschreiben werden. Staatssekretär von Marschall: Der Zoll für Rohzucker in Finnland ist im Februar von 40 auf 50 finnische Mark erhöht worden, das ist aber ohne alle Bedeutung für uns, da wir nach Finnland nur geringe Mengen Rohzucker exportiren; ja es liegt darin vielmehr ein Vortheil für uns, weil wir hauptsächlich raffinierten Zucker exportiren. Was die Behandlung der deutschen Kolonisten angeht, so ist das eine innere Angelegenheit Russlands, in die wir uns nicht einmischen können, weil wir eine solche Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten auch nicht wünschen.

Abg. v. Stumm (N.): Die Kontrahenten bezüglich der Aufhebung der Staffeltarife sind die preussische Regierung und die Vertreter des Westens im Landes-Eisenbahnrath, welche für die Aufhebung derselben gestimmt haben. Die Stellungnahme der preussischen Regierung zu den Staffeltarifen im Jahre 1893 war unabhängig von dem russischen Handelsvertrag und auch von der Aufhebung des Identitätsnachweises, von welchen beiden Maßregeln damals noch gar keine Rede war. Ich bin aber der Meinung, daß die Aufhebung des Identitätsnachweises bedeutsamer für den Osten ist als die Staffeltarife waren.

Abg. v. Hammerstein (D.): Herrn Geheimrath Mühlhausen gegenüber ist festzustellen, daß in der Kommission nur von einer Möglichkeit gesprochen wurde, eine direkte Umkartirung des Getreides in den Hafenplätzen zu verhindern.

Abg. Ricker befragt den Schluß der Diskussion, welcher mit großer Mehrheit angenommen wird.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird Artikel 19 mit großer Mehrheit angenommen.

Nach Artikel 20 soll der Vertrag bis zum 31. Dezember 1903 in Gültigkeit bleiben und von da ab von Jahr zu Jahr als verlängert gelten, wenn er nicht zwölf Monate vorher gekündigt wird. Abg. Graf Kanitz (D.) beantragt, daß der Vertrag in Kraft bleiben soll bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem er von einem der beiden vertragschließenden Theile gekündigt sein wird. Die Hauptsache des Vertrages sei das Aufheben der differenziellen Behandlung Russlands. Dazu bedarf es keines 10jährigen Vertrages, den die Russen selbst nicht wollen. Was in 10 Jahren passiren kann, kann Niemand übersehen; deshalb sollte der Vertrag nur auf ein Jahr abgeschlossen werden.

Niemand kann wissen, ob die großen Hoffnungen der Industrie in Erfüllung gehen, ob die deutsche Landwirtschaft, welche die Kosten des Vertrages zu tragen hat, nicht in ganz unhaltbare Zustände geräth und ob Ausland nicht finanziell gedrängt wird, daß es dadurch in andere Bahnen seiner Politik gedrängt wird. Es giebt industrielle Staaten, die sich auf so lange Fristen gar nicht einlassen. Der russisch-französische Vertrag ist auf ein Jahr abgeschlossen; diesem ist mein Antrag nachgebildet; er kann also bei Ausland keinen Widerspruch finden, denn Ausland hat ein viel zu großes Interesse an der Ermäßigung der Getreidezölle; es wird also auch nicht daran denken, den Vertrag zu kündigen. Wenn so viel zweifelhafte Bestimmungen in einem Vertrag enthalten sind, dann kann leicht die Stimmung so wechseln, daß man von dem Vertrag loszukommen sucht.

Abg. Meyer-Danzig (Rp.) erklärt, daß er, obwohl ein Gegner der Handelsvertragspolitik der Regierung, für den russischen Vertrag stimmen werde, weil er in der Aufhebung des Identitätsnachweises genügende Kompensationen für die der Landwirtschaft durch den Vertrag erwachsende Schädigung erblicke, und weil er sein Vaterland vor den schweren inneren Verwickelungen bewahren wolle, welche aus einer Auflösung des Reichstags entstehen müßten.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Das starke Anwachsen des russischen Exports und die langsame Zunahme des deutschen Imports in Russland in den Jahren 1888-92 eröffnet eine sehr unerfreuliche Perspektive für die nächsten 10 Jahre. Wenn Herr v. Marschall gesagt hat, daß niedrigere Getreidepreise nicht eintreten werden, so kann den deutschen Bauer das nicht beruhigen. Wir wollen einen solchen Sprung ins Dunkle nur auf eine möglichst kurze Zeit machen. Russland selbst hat sich z. B. in bezug auf die Kohlen nur bis 1895 gebunden, weil bis dahin seine Eisenbahnen fertig sind, so daß es die Kohlen aus dem Ural beziehen kann.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkte wie mein Freund Meyer-Danzig. Ich bitte daher den Vertrag abzulehnen.

Abg. Graefe (deutsche Reformpartei): Auch die Antisemiten halten die zehnjährige Dauer des Vertrages für eine verhängnißvolle Bedingung und ziehen eine kürzere Versuchsdauer vor.

Abg. Möller (natl.): Die Beschwerde darüber, daß im Zollbeirath der Landwirtschaft nicht der nöthige Einfluß gewährt sei, ist unbegründet.

Abg. v. Mantuffel (D.) konstatirt, daß kein Vertreter der verbündeten Regierungen gewillt ist, sich zum Antrage des Grafen Kanitz zu äußern. Daraus ist zu entnehmen, daß die verbündeten Regierungen dem Antrage wohlwollend gegenüberstehen. (Große Heiterkeit.)

Darauf wird Artikel 20 unter Ablehnung des Antrages des Grafen Kanitz unverändert angenommen.

Darauf folgt die Beratung des Tarifs A: Zölle bei der Einfuhr nach Russland.

Bei Nr. 6: Frisches Obst, sucht Abg. Sahn nachzuweisen, daß der russische Zoll so hoch sei (nämlich viermal so hoch als der deutsche Zoll), daß die deutsche Landwirtschaft keinen Vortheil habe.

Bei Nr. 26: Hopfen, bedauert Abg. Weiß-Münchberg (Freif. Sp.), daß es nicht gelungen sei, wie man gehofft habe, den russischen Zoll dem deutschen gleichzustellen. Redner wird aber deswegen doch nicht gegen den Vertrag stimmen, zumal das Präsidium des Hopfenbau-Vereins für den Vertrag eintrete.

Abg. Michbichler (Z.) bleibt bei seinen früheren Bedenken gegen den russischen Handelsvertrag, namentlich auch in bezug auf den Hopfenzoll.

Abg. Luz (D.): Ich könnte eigentlich auf das Wort verzichten, denn an der Sache ist doch Hopfen und Malz verloren (Sehr richtig! rechts), aber ich bleibe bei meinen früheren Auslassungen in dieser Frage und weise auf die Gefahr hin, daß der russische Hopfenbau sich ausdehnen könne; das hat auch die Regierung zugegeben.

Staatssekretär von Marschall: Es stehen sich hier zwei Anschauungen diametral gegenüber: die der bayerischen Hopfenbauer, welche die Zollermäßigung für unwirksam halten und die der russischen Hopfenbauer, welche durch diese Zollermäßigung ruinirt zu sein glauben (Hört! links.) Der russische Finanzminister hat den Hopfenbauern Russlands aber die beruhigende Erklärung gegeben, daß es so schlimm nicht sein würde. Man spricht von der Ueberfluthung mit russischem Hopfen... ohne Ueberfluthung geht es nun einmal nicht!... und denkt dabei an das große Russland und wie viel Hopfen da produziert werden könnte. In Russland werden überhaupt nur produziert 30 000 Doppelzentner Hopfen, also etwa so viel wie in Baden und noch nicht einmal soviel wie in Württemberg (Hört! links.) Alle Befürchtungen erscheinen daher unbegründet: Unsere Ausfuhr von Hopfen wird zunehmen. (Zustimmung links.)

Abg. v. Standt (D.): Es giebt auch bei uns in Posen Hopfenbauer, ich kann mich selbst als einen solchen vorstellen. Der Neutomischer Hopfen steht in keiner Weise dem bayerischen nach; er wird manchmal sogar etwas theurer bezahlt, weil er besondere Qualität hat und aus Saazer Fehung gezogen ist. Ich habe keine 10 Jahre gebraucht, um diese Qualität zu erzielen (Hört! rechts). Es sind bei uns nicht kleine Leute, welche Hopfen bauen, sondern größere Bauern, Besitzer spannfähiger Wirtschaften, die vollständig mit dem Großgrundbesitz Hand in Hand gehen in bezug auf die Wirtschaftspolitik. In Russland kann viel mehr Hopfen als bisher gebaut werden; deshalb wollen wir den Vertrag nicht annehmen.

Abg. Köstke: Ich begreife es, daß die Hopfenbauer noch mehr zu erreichen wünschen, aber Deutschland hat 10 000 Doppelzentner übrig zum Export und zwar sind es nicht die besten Qualitäten, welche exportirt werden, sondern solche, die in Deutschland nicht veräußert. Die Reden der Hopfenbauer wären begreiflich, wenn der Zoll Russlands erhöht wäre; er soll aber um fast 2/3 ermäßigt werden.

Abg. Beck (rf. Sp.) tritt ebenfalls den Ausführungen des Abg. Luz entgegen; ohne Abschluß des Vertrages mit Russland und ohne Ermäßigung des Hopfenzolles würde Deutschland schließlich gar nicht mehr exportiren können.

Abg. v. Mantuffel (D.): Wir sollen der Regierung dankbar sein für die Ermäßigung des Hopfenzolles. Aber der Hopfenzoll beträgt immer noch das 2/3fache dessen, was 1887 als Zoll bestand. Wenn man zu diesem Sache zurückgekehrt wäre, so wäre damit wirklich etwas erreicht worden.

Abg. Kröber (südd. Sp.): Eine Versammlung hat mich beauftragt, gegen diese Position zu stimmen; das kann mich aber nicht veranlassen, gegen den ganzen Vertrag zu stimmen.

Abg. Hilpert: Wenn Herr Weiß seine Rede vor der Wahl gehalten hätte, hätte er keine einzige Stimme bekommen.

Abg. Luz (D.) befreitet, daß er de- und wehmütig Abbitte geleistet habe.

Damit schließt die Debatte. Die Position wird nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Köstke darauf genehmigt.

Bei Nr. 74: Töpferwaaren aus gewöhnlichem und feuerfestem Thon führt Abg. Graf Arnim aus, daß der Zoll immer noch sehr hoch geblieben sei, daß die deutschen Industriellen davon

keinen Vortheil haben werden. Die Herren erklären größtentheils, daß sie keinen Vortheil haben, aber im Interesse der Industrie nicht widersprechen wollen. So künstlich ist überhaupt die Stimmung der Industrie für den Vertrag hervorgerufen.

Staatssekretär von Marschall: Ich beireite, daß die Zustimmung der Industrie nur künstlich gemacht worden sei. Sie ist im Zollrathe gegeben worden, welcher ständig die Verhandlungen verfolgte und die Konzeptionen als erheblich erklärt hat.

Bei Nr. 189: Rohreisen, fragt Abg. Graf Kanitz, weshalb der Rohreisenzoll nicht herabgesetzt sei. Es heißt, die russische Regierung habe der Eisenindustrie die Fortdauer des Zolles bis 1898 zugesichert; warum ist er aber nicht für die Zeit von 1898 bis 1903 ermäßigt worden?

Staatssekretär v. Marschall: Die deutsche Industrie ist am Export von Rohreisen nur mit 45 000 Doppelzentnern interessiert, England dagegen mit 1 1/2 Millionen. Unserer Ausfuhr an Halb- und Ganzfabriken von Eisen entsteht dadurch keinen Schaden, daß der Rohreisenzoll in Rußland noch 4 Jahre auf derselben Höhe bleibt.

Abg. Graf Kanitz: Deutschland, in erster Linie Schlesien, hat früher dasselbe Quantum Rohreisen nach Rußland exportiert wie England, solange der Zoll nicht differenziert war. 1886 betrug der Werth der deutschen Rohreisenausfuhr über 3 Mill. Mark.

Staatssekretär v. Marschall: Wenn die Schlesier statt Rohreisen, Ganz- und Halbfabrikate nach Rußland exportieren können, so können sie auf den Export von Rohreisen verzichten.

Bei Nr. 215: Galanterie- und Toilettesachen, Spielwaaren ergreift das Wort

Abg. Reiffhaus (Soz.): Die Spielwaarenindustrie ist auf den Export angewiesen. In Deutschland werden für circa 45 Millionen Mark Spielwaaren erzeugt, wovon 40 Millionen exportiert werden. Unsere Spielwaarenexporte schätze man früher auf 12 Millionen Mark, durch den Zollkrieg ist dieser Export fast ganz beseitigt worden. In Rußland sind auch selbst Spielwaarenfabriken entstanden, die durch die Kampfschüsse mehr und mehr erstarkt sind und unsere Ausfuhr von Spielwaaren nach Rußland nahezu in Frage stellen. Graf Mirbach hält die Handelspolitik für verhängnisvoll für Deutschland, ich kann ihm versichern, daß die Handelspolitik des Fürsten Bismarck für die Spielwaaren-Industrie verhängnisvoll geworden ist, ebenso wie auch für viele andere Industriebezirke. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter der Spielwaaren-Industrie ist eine geradezu elende; manche verdienen nur 45-55 Pf. pro Tag. Der Betrag bringt allerdings der Spielwaaren-Industrie Vortheil. Trotzdem der Wunsch der Sonneberger Handelskammer nicht in Erfüllung gegangen ist, daß der Zoll auf Spielwaaren nicht nur auf 40 Kop., sondern auf 30 Kop. herabgesetzt würde, so hofft man doch, daß der Export sich wieder auf 1 Million steigern wird.

Darauf wird der russische Tarif und die Bemerkung des Schlußprotokolls dazu genehmigt, nachdem auch Abg. Graf Arnim darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der Getreidehandel verächtlich sei, indem man die Sade, in welchen russisches Getreide nach Deutschland eingeführt sei, wieder zollfrei nach Rußland zurückgehen lassen könne. Aber für die deutsche Landwirtschaft habe man nichts übrig.

Um 5 1/4 Uhr wird die weitere Beratung bis Dienstag 12 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 12. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: Vorse.

Die zweite Beratung des Etats die Debatte über das Elementarschulwesen im Kultusetat wird fortgesetzt. Abg. Jansen (Z.) beklagt die Verhältnisse der Lehrer, speziell in der Provinz Schlesien und wünscht, daß den Lehrern dort das Gehalt nicht viertertheilt, sondern monatlich pränumerando gezahlt werde oder daß ihnen Vorschüsse gewährt werden. Ein Volkschulgesetz sei wegen der Haltung der Konservativen nicht möglich, die Lehrerverhältnisse müßten aber verbessert werden.

Kultusminister Vosse: Im Verwaltungswege lassen sich diese Verhältnisse nicht bessern. Vorschusszahlungen würden allen finanziellen Grundfragen des Staates widersprechen. Beim Lehrerbefoldungsgesetz werden hoffentlich auch diese Verhältnisse verbessert werden können.

Abg. Mottly (Pole) wünscht energische Remedur gegen die Mißhandlungen der Schüler durch Lehrer. Solche Lehrer brauche man ja nicht „todzuschlagen“, aber man sollte sie verfehen oder absetzen; vielleicht könnten sie auch eine gute Verwendung in Deutsch-Ostafrika finden. Solche Beschwerden bestehen namentlich in den polnischen Landestheilen.

Kultusminister Vosse: Gegen zu strenge Behandlung der Schüler bestehen Verfügungen, die aufs strengste befolgt werden müssen. Die Lehrer in den polnischen Landestheilen sind besser, als sie von polnischer Seite immer dargestellt werden. Jede Strafe, die ein deutscher Lehrer über einen Schüler verhängt, werde immer als aus nationalen Gründen hervorgegangen aufgefaßt. Daß wir nur wenige polnische Lehrer haben, ist Schuld der polnischen Presse, welche immer vor dem Eintritt in den Lehrerberuf gewarnt habe. Wir haben es mit deutschen Kindern zu thun, die Schulverwaltung hat dafür zu sorgen, daß sie deutsch bleiben. (Beifall rechts.)

Auf eine Anfrage des Abg. Gerlich (freil.) bemerkt Minister Vosse: Ein Lehrer war thatsächlich nicht im Stande, seinen zerrissenen Rock durch einen neuen zu ersetzen. Das Nothwendige muß Preußen für seine Lehrer thun, die keine übertriebenen Ansprüche erheben. Ich hoffe, daß die Volksvertretung mir bei meinen Bemühungen, die Verhältnisse zu bessern, helfen wird. (Beifall.)

Abg. Szynula (Z.) beklagt die zu hohen Schulstrafen für Verfehlungen. Wenn die Eltern die Kinder wegen Mangel an Kleidung nicht zur Schule schicken können, müssen die Strafbestimmungen mit größter Milde gehandhabt werden. Wie das Zuchtungsrecht überschritten werde, zeige ein Fall in Plesch, wo ein Lehrer einen Knaben, der gestohlen hatte und nicht gestand, wo er das Gestohlene verborgen hatte, 36 Piebe auf das Gesicht gegeben habe. Als der Knabe dann noch nicht gestand, fragte ihn der Lehrer, ob er wisse, was Löpsen sei, band den Kopf des Knaben auf einen Bloß und legte ihm das Weil an den Hals. Allerdings sei der Lehrer gerichtlich bestraft, aber solche Dinge sollten überhaupt nicht vorkommen. Ebenso unzulässig sei es, wenn katholische Kinder bestraft würden, weil sie an hohen katholischen Feiertagen die Schule veräumen.

Abg. Schröder (Pole) beschwert sich über Drangsalirung der polnischen Lehrer, denen man nicht einmal gestatte, in der Familie mit ihren Kindern polnisch zu sprechen, und bestreitet dem Abg. Gerlich, daß die Polen germanisirende Bestrebungen verfolgen; sie verlangten nur Gerechtigkeit. Die Gemeinden in Westpreußen seien überlastet und meist schon unter der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt; auch die Grundsteuer werde ihnen nicht helfen.

Abg. Vorsch (Z.) bespricht nochmals die Einführung des polnischen Sprachunterrichts in Oberschlesien. Im Breslauer Kreise gäbe es Lehrergehälter bis zu 498 M. herab. Hoffentlich gelinge es, das Lehrer-Befoldungsgesetz zu Stande zu bringen und damit die Dispositionsfonds zu beseitigen.

Abg. Wurmback (atl.) fährt aus, daß eine große Reihe von Gemeinden über 10 000 Einwohnern, namentlich rasch anwachsende Industriestädte, nicht im Stande seien, selbst für die Einführung der Dienstaltersklassen für die Lehrer zu sorgen.

Abg. v. Schenkendorff (atl.) bespricht wieder die Frage des Handfertigkeitsunterrichts. Wenn dieser auch nicht als obligatorischer Unterricht in der Volksschule einzuführen sei, so müsse doch der Staat seine Unterstützung leihen, wenn solcher

Unterricht seitens der Gemeindefürsorge aus sich selbst heraus entwickle.

Abg. Conrad-Glah (Z.) erinnert an die Bemühungen, die arme Arbeiterbevölkerung in Schlesien anderen Berufswegen zuzuführen; alle solche Bemühungen seien vergeblich gewesen. Man wolle deshalb durch die Erziehung in der Schule zu helfen suchen und führe probeweise in Neutode den Handarbeitsunterricht ein, ein Unternehmen, das von allen Seiten Billigung und Unterstützung finde. Der Etat sehe nur 10 000 M. mehr für die Förderung des Handfertigkeitsunterrichts im ganzen Lande vor; das sei nur eine homöopathische Dosis für die Bedürfnisse.

Das Kapitel des Elementar-Schulwesens wird bewilligt. Beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ befristet Abg. Deumer (natl.) zur Befestigung eines großen Künstlerproletariats die Trennung der Vorbereitungsclassen auf den Kunstakademien von den höheren Klassen. Nicht mit den nötigen Talenten ausgestattete junge Leute könnten dann auf dem Wege in das praktische Leben ins Kunstgewerbe geführt werden. Die traurige Lebenslage der Künstler sei mit schuld an dem öden Cynismus und krassem Materialismus in unserer Kunst.

Abg. Kirsch (Z.) wünscht, daß der Staat nur solche Lotterien genehmige, bei welchen ein bestimmter Theil der Gewinne Kunstwerke seien, und bedauert, daß das Haus neulich die Erweiterung der Museen in Berlin abgelehnt habe. Die Anbringung der Bilder in der Nationalgalerie sei eine sehr gute, da Licht und Schatten passend verteilt seien. In der Düsseldorfener Ausstellung sei zu bedauern, daß die Personalangaben über die Künstler, Geburts-, Todesjahr, Alter etc., sehr lückenhaft seien.

Kultusminister Vosse: Die Förderung der Monumentalmalerei und Plastik ist durchaus berechtigt. Es ist ebenso zweckmäßig, an den Wänden einer Gymnasial-Aula geschichtliche Szenen darzustellen, wie Gemälde für die Nationalgalerie zu erwerben. Man soll das eine thun und das andere nicht lassen. Daß so viele Künstler zu spät ihre Leistungsunfähigkeit erkennen und Gefahr laufen, zu Grunde zu gehen, dem läßt sich vielleicht durch Förderung des Kunstgewerbes etwas vorbeugen, das eigentlich die Vorstufe für die Künstler sein sollte.

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.) fragt an, welche Erfahrungen mit der verlängerten Besuchzeit in den Museen am Sonntag gemacht seien.

Scheimrath Schöne: Der Andrang ist in dieser Zeit so groß gewesen, daß diese Maßregel aufrecht erhalten werden wird.

Abg. v. Guern (natl.) hält die Neigung für Erhaltung von Alterthümern für krankhaft, denn das Alte stürze, es ändere sich die Zeit; die Thore in Düsseldorf und in Bonn müßten alle beide beseitigt werden, wenn sie nicht vielleicht selbst umfielen.

Abg. Szynula (Z.) bedauert, daß neben der für die Unterhaltung von Denkmälern und Alterthümern ausgeworfene Summe nicht auch Mittel zur Unterhaltung und Restaurierung alter denkwürdiger Gebäude vorgesehen seien. Hedner führt eine Reihe von Baudenkmälern, namentlich in Schlesien, auf, deren Erhaltung resp. Restaurierung er wünscht. Bei allen Staatsbauten solle der Minister ferner darauf hinwirken, daß Marmor aus den schlesischen Marmorbrüchen verwandt werde, anstatt daß man das Geld ins Ausland schide.

Scheimrath Versius befreitet, daß für die schlesischen Baudenkmäler nicht genug geschehe. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“ wünscht Abg. Wöttinger (natl.) bei der Bedeutung der Elektrochemie dem Mangel an geeigneten Chemikern und Technikern abzuhelfen, welche die nötige spezielle wissenschaftliche Vorbildung für diese neue Wissenschaft besitzen. An den technischen Hochschulen müßten elektrochemische Abtheilungen gebildet werden, wie es z. B. in München und Stuttgart schon geschehen sei. Deutschland müsse auf diesem Gebiete seine berechnigte Suprematie behalten, ungeachtet der Finanzlage.

Scheimrath v. Wehrensehnung: Unsere elektrotechnischen Institute haben alle noch ein sehr junges Alter, aber die geplanten Erweiterungsbauten in Hannover und Aachen sind bestimmt für die Elektrotechnik, und in Hannover sollen elektrotechnische Versuche gemacht werden. Wir werden dazu nicht nur Professoren, sondern auch Männer aus dem praktischen Leben zur Lösung dieser Frage heranziehen, aber es wird bedeutender Mittel dafür bedürfen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Um 4 Uhr wird die weitere Beratung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Bei der Gemeinderaths-Wahl, welche am Montag in Nixdorf vollzogen wurde, regten die sozialdemokratischen Kandidaten mit glänzender Majorität über ihre Gegner. Es erhielten von unserer Seite Schlossermeister Karl Schulze 399 Stimmen und Restaurateur Schimmlä 397 Stimmen; wogegen die beiden Gegner nur 116, resp. 114 Stimmen auf sich vereinigten.

Die Justiz und die Obdachlosen des städtischen Asyls. Eine ungemein interessante Notiz, welche die nach gutem deutschen Brauch an den Kerker der Armen geübte Justiz treffend charakterisirt, geht zur Zeit durch die Presse.

Ungemein viel unnütze Arbeit, so heißt es, wird dem Untersuchungsrichter im Polizei-Präsidialgebäude, der über die wegen Arbeitsfäulnis, Betteln u. verhafteten Personen abzurteilen hat, von Seiten der Beamten des städtischen Obdachhauses verurteilt. Täglich muß eine erhebliche Anzahl der Leute, die von dem Asyl eingeliefert und meist 8-14 Tage lang in Untersuchungshaft gehalten worden sind, freigesprochen werden, da die Verhafteten nachweisen können, daß sie sich um Arbeit bemüht haben, oder es sich herausstellt, daß sie bedenklich krank — also arbeitsunfähig sind. Durch eine sorgfältigere Prüfung derjenigen, welche dem Untersuchungsrichter überwiesen werden sollen, würde diesem viel zeitraubende unnütze Arbeit und dem Kranken Asyl viel Angst und Pein erspart bleiben. Außerdem würde das überfüllte Untersuchungsgefängnis entlastet werden.

Nach der in dieser Notiz ausgesprochenen Anschauung erscheint der Untersuchungsrichter zum mindesten ebenso bedauerndwerth, wie die elenden und kranken Menschen, die wegen sogenannter Vergehen, für die sie selber meistens nicht können, die Qualen der Untersuchungshaft bis zur Meige durchzulassen haben. Gehört bürgerlich!

Ist es im übrigen, so fragen wir, ein Wunder, wenn die Obdachlosen des städtischen Asyls, zu dem der Polizei ungehindert der Zutritt gestattet wird, als eine Art Waisenhalle betrachten?

Wo findet der Arbeiter Recht? Der § 3 des Gewerbegerichts-Gesetzes besagt:

Die Gewerbegerichte sind, ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes, zuständig für Streitigkeiten:

- 1. über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, sowie über die Ausbändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuchs oder Zeugnisses; 2. über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnisse u. s. w.

Das Gewerbegericht Berlin nimmt nun die Klagen der Arbeiter auf Entschädigung wegen Einbehaltung der Quittungskarte bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses, oder wegen Enttragung eines unzulässigen Bernerks in dieselbe nicht an; trotzdem das Einbehalten der Karte, sowie unzulässige Enttragungen in diese, laut § 108 der Invaliden- und Altersversicherungs-Gesetzes, einen Entschädigungsanspruch für den Arbeiter feststellen.

Es wird vom Gewerbegericht hauptsächlich bestritten, daß dieser Entschädigungsanspruch „aus dem Arbeitsverhältnisse“

entstanden sei, und die Arbeiter werden mit diesen Klagen sämtlich an das Amtsgericht verwiesen, um auf zivilrechtlichem Wege ihren Entschädigungsanspruch geltend zu machen.

Nun ist schon wiederholt von den Arbeitern betont worden, daß diese Streitigkeiten denn doch laut § 3 Ziffer 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes vor das Gewerbegericht gehören und ein großer Theil der Gewerbegerichte in anderen Städten entscheidet auch diese Streitigkeiten, nur das Gewerbegericht Berlin macht hiervon noch immer eine unrahmliche Ausnahme.

In einer solchen Klagefache, die der Arbeiter Bönges vor dem Amtsgericht I anhängig machte — das Gewerbegericht verweigerte ihm vorher die Aufnahme der Klage und verwies ihn an das Amtsgericht — wurde am 7. Februar der Kläger mit seiner Klage ebenfalls, und zwar kostenpflichtig abgewiesen.

Die Begründung des abweisenden Urtheils, welche die Anschauung der Arbeiter über die Zuständigkeit des Gewerbegerichts bestätigt, lautet wörtlich:

Nach § 3 Nr. 2 des Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890 sind die Gewerbegerichte zuständig über Entschädigungsansprüche eines gewerblichen Arbeiters aus dem Arbeitsverhältnisse. Da der vom Kläger erhobene Anspruch als ein, auf sein Arbeitsverhältnis bei der Beklagten gegründeter Entschädigungsanspruch anzusehen ist, so ist das Gewerbegericht ausschließlich zuständig.

Es war daher Kläger mit seiner vor dem nicht zuständigen ordentlichen Gerichte erhobenen Klage abzuweisen, während im übrigen nach den §§ 87, 649 Nr. 4 der Civil-Prozessordnung zu entscheiden war.

Berlin, den 16. Februar 1894.

Wir sind nun wirklich neugierig, ob das Gewerbegericht die Kläger, die nun ihre Klagen in solchen Sachen dort anbringen, weiter abweisen wird.

Nebenbei sei noch bemerkt, daß dem Arbeiter Bönges, durch die Abweisung seiner Klage vom Gewerbegericht und die Verweisung derselben an das nicht zuständige ordentliche Gericht ca. 10 M. Gerichtskosten erwachsen sind, die ihm das Gewerbegericht jedenfalls nicht ersetzt.

Der Militärstaat. Die Bewohner des Südens und Südwestens der Stadt fühlen sich von dem Getöse, das seit etwa 14 Tagen fast tagtäglich vom Tempelhofer Felde her ertönt, gerade nicht sehr angenehm umschmeichelt. In diesen Stadttheilen, die bekanntlich nicht allzureichlich mit Millionen durchsetzt, ist nun zwar seit je kein allzu großer Gefallen am Militarismus zu verspüren gewesen; aber trotzdem man ihn hinwünscht, wo der Pfeffer wächst, sagt man sich nothgedrungen in das heilige Donnerwetter mit seinem lieblichen Fenstergeräusch, so lange man leidlich gesund ist. Nicht sehr erbaulich wirkt aber das Geräusch vom Tempelhofer Felde auf diejenigen unserer Mitmenschen, die sich zur Zeit keiner sehr robusten Natur erfreuen, oder sich gar, wie die Insassen des Krankenhauses am Urban und des Kinderhospitals in der Hasenheide, auf ihrem Schmerzenslager winden. In Rücksicht auf diese unsere Mitbrüder und Mitschwester ist geboten, die grandiosen Schießübungen einige Meilen hinaus nach einer menschenleeren Gegend zu verlegen, wenn wir — uns nicht in einem Militärstaat befinden. Da wir aber in einem Militärstaat leben, müssen die geplagten Kranken sich bescheiden und in dem Gedanken Trost suchen, daß sich bei einiger Angewöhnung auch ein bischen Kanonendonner ertragen läßt, zumal wenn er für's theuren Vaterland gilt.

Ein Beitrag zum Charitee-Volkthum! Wir geben nachfolgender Zuschrift Raum, welche, wenn sie uns auch anonym zugegangen ist, doch den Stempel voller Glaubwürdigkeit an sich trägt:

Es ist noch nicht lange her, daß namentlich von Männern Ihrer Partei die Mißstände in der Igl. Charitee der öffentlichen Kritik unterzogen wurden; die Anstalt ist darauf hin von einer großen Anzahl Berliner Krankenkassen in Verurtheilung worden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß dabei zahlreiche Ueberreibungen vorgekommen sind. Wenn ich Ihnen dennoch die nachstehende Mittheilung mache, die meines Wissens noch nicht durch die Presse gegangen ist, so bitte ich Sie daraus zu ersehen, daß auch ich vorhandene Mißstände anerkenne und im Interesse ihrer Abstellung gern einer öffentlichen Besprechung unterwerfe.

In der Vorlesung des Herrn Georg Lewin am Mittwoch, den 14. Februar d. J., gab der stellvertretende Herr einige Aufklärungen über den Betrieb der geschlechtlichen Abtheilung; es handelte sich dabei um weibliche Kranke. Er erzählte unter anderem, daß die sogenannten „freiwilligen Kranken“ d. h. diejenigen, welche nicht unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehen, die Anstalt jederzeit verlassen können, auch wenn nach Feststellung der Aerzte die Krankheit noch fortbesteht. Ihre Namen werden jedoch der Polizei gleichzeitig mitgetheilt, so daß sie nicht weit kommen. Die unterzeichneten Worte sind authentisch und in dieser Form von dem vortragenden Herrn gebraucht, und sie sind es, die ich hiermit zur öffentlichen Erörterung bringen will. Wenn es wahr ist, daß Angehörige Ihrer Partei überall zu treffen sind, so wird es Ihnen leicht sein, meine Angaben zu kontrolliren. Die Verwaltung wird auch einen thatsächlich bestehenden Brauch nicht in Abrede stellen.

Warum empört mich dieses Verfahren? Weil unter diesen Umständen das so vielfach angeführte Recht der sogenannten freiwilligen Kranken die Anstalt jederzeit zu verlassen, wenigstens frei den weiblichen Theil, nahezu illusorisch gemacht wird, und nicht nur nahezu, sondern ganz. Denn bei der außerordentlichen Machtvolle der Sittenpolizei, bei ihrer geschickten Organisation, bei der zärtlichen Liebe, mit der sie ihre Opfer verfolgt, wird nur selten eine jener Unglücklichen ihrem Schicksal entgehen. Nicht nur, daß sie eines Tages ausgegriffen werden und sich schließlich in den Räumen der Charitee wiederfinden, sie werden sich auch den Armen der Polizei später nicht mehr entziehen können, oder wie man mit Recht sagen kann, die Arme der Polizei werden sie nicht mehr loslassen. Es wird vielleicht ein gefalteter Engel mehr sein, jedenfalls ruht auf solchen Unglücklichen stets das Brandmal einer Sistrung durch die Sittenpolizei. Das Sonderbare an dem Verfahren aber ist, daß der Arzt, der um Hilfe angegangen wird, seine ahnungslos Kranke der Polizei zuführen muß. Ich will von der juristischen Seite nicht sprechen, ob der Arzt berechtigt ist, über juristisch bis dahin unbescholtene Kranke der Polizei Mittheilungen zu machen; nach meiner Meinung ist es ihm in jedem Falle verboten; aber was soll daraus werden, wenn der Arzt zum Handlanger der Polizei wird? Wir sind berufenen Vertreter der Humanität, unsere Pflicht ruht uns in Palast und Halle, aber wir brauchen stets das Vertrauen der Kranken. Wie sollen wir es erwerben, wenn man uns zwingt, in Ausübung unseres Berufes erworbene Kenntnisse von unseren Kranken der Polizei zu übermitteln. — Es ist jetzt an der Charitee-Direktion sich hierzu zu äußern und sich von dem Wortw zu reinigen, daß sie der Polizei Handlangerdienste leiste und Kranke, die in ihren Mauern Hilfe und Genesung suchen, hinterher der Polizei ausliefern.

Der Pallisaden-Karl. Eine unangenehme Bierlektunde hat vor einigen Tagen der Hausdichter des American-Theaters, Herr Oskar Wagner, in dem Bureau dieses Instituts zu überleben gehabt. Gegen 10 Uhr Morgens erschien dafelbst ein Herr, welcher dringend den Herrn Direktor zu sprechen verlangte; da derselbe noch nicht anwesend, so wünschte der Fremde zu Herrn Wagner geführt zu werden. Dies geschah und nun entwickelte sich folgendes, stark an Cavallaria rusticana erinnerndes Gespräch: „Ich bin nämlich Belleve, Sie kennen mich doch?“ Natürlich bejahte sich Herr Wagner in Hinsicht auf die physischen Eigenschaften des vor ihm Eigenden und verdächtig mit seinem Stock spielenden Besuchers zu versichern, daß ihm der Name des Hauptzeugen aus dem Proceß Heine bekannt sei. Und nun brachte Herr Belleve seine Forderung in

recht energischer Weise zur Geltung. In dem gegenwärtig im American-Theater aufgeführten, von Herrn Wagner verfassten Stück „Pumpensufanne“ bringt der Autor auch die Figur des „Pallisaden-Karls“, einer jedem älteren Berliner wohlbekannten Verbrechertypus, auf die Bühne. Nun ist aber Pallisaden-Karl der Vater Belleoue's und aus diesem Anlaß war der Letztere erschienen, um die Befreiung der Hölle des Pallisaden-Karls zu fordern, weil sein Vater sich niemals in solch' lumpiger Gesellschaft (nordlich!) bewegt habe, er aber diese Verunglimpfung seiner und seines „Vaters Ehre“ unter keinen Umständen länger gestatten werde. Als darauf der Dichter beschieden aber fest entgegnete, daß mit der Entfernung der Figur des Pallisaden-Karls die Aufführung der Pumpensufanne unmöglich würde, erklärte Herr Belleoue, daß ihm das ganz egal wäre. Und wenn Sie das nicht machen, komme ich nächste Woche mit dreißig duffte Jungens und dann muß der Schmierand, der meinen Vater so verelt, runter, darauf können Sie sich verlassen, verstehen Sie mir, Verehrtester? Mit diesen Worten entfernte sich Herr Belleoue und der Handdichter des American-Theaters hat nun die Wahl, einem abermaligen Besuche des Herrn Belleoue entgegenzusehen, oder aber Pallisaden-Karl von der Bühne zu entfernen!

Zur Affäre Moll meldet eine Solalkorrespondenz: In der Meinungsfrage des Rechtsanwalts Moll, die seiner Zeit so großes Aufsehen erregte, stehen fast noch sensationellere Enthüllungen bevor. Zwei von den Zeugen, deren Aussagen zu der Verurteilung des Rechtsanwalts führten, stehen jetzt selbst in dem Verdachte des Falschheidens. In der Schwurgerichts-Verhandlung bekundete ein Zeuge S. unter dem Eide, daß er nur ganz oberflächlich mit einem andern Zeugen B. bekannt sei. Dieser habe eines Tages eine Zeitung von ihm abgeholt, und dabei sei die Bekanntschaft geschlossen worden. Eine Frau W. wird nun Zeugnis dafür ablegen, daß zwischen S. und B. schon früher ein intimer Familienverkehr stattgefunden hat. Ferner will ein Zeuge S. von dem vorgenannten B. selbst die Mittheilung erhalten haben, daß B. sich bei Moll unter dem Vorgeben eingeführt habe, das Haus Magazinstr. 19 laufen zu wollen, während es ihm in Wirklichkeit nur darum zu thun gewesen sei, Moll von Angesicht zu Angesicht zu sehen. Weiter will derselbe Zeuge S. nachweisen, daß die vorgenannten S. und B. unter dem 14. April 1892 in einer Zeitung unter dem Titel: „Der Schwur eines jüdischen Rechtsanwalts“ einen Artikel gebracht haben. Aus diesen Punkten soll nun hergeleitet werden, daß S. und B. sich gegen Moll verbündet hätten. Die Zeugenvernehmungen in dieser Sache finden von heute ab statt. Ob bzw. inwieweit sich zugleich mit diesem Verfahren die Unschuld des Rechtsanwalts Moll herausstellen wird, kann jetzt noch nicht beurtheilt werden.

Der erste Kongress der Gastwirthschaftsstellten Deutschlands nimmt mit heute seinen Anfang; er tagt im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 18, hier. Die Gegner aller Arbeiterbestrebungen, welche auch der kaum seit vier Jahren bestehenden Reformbewegung von Anfang an den baldigen Tod voraussetzten, haben demnach nicht Recht gehabt. Es ist im Gegentheil zu erwarten, daß der Kongress der Ausgangspunkt neuer, kräftiger Agitation sein wird, die hoffentlich auch unter den Arbeitern dieser Branche mit Erfolg gegen den noch stark vorhandenen Indifferentismus und den Ständedünkel aufdringt und sie zum Klassenbewußtsein erzieht. Ueber die Verhandlungen selbst werden wir am Ende des Kongresses einen resumierenden Bericht bringen. Hinzugefügt sei noch, daß der Verein Berliner Gastwirthschaftsstellten zu Ehren der Delegirten einen Kommerzveranstalter, der am Mittwoch, dem 14. d. M. in den Konfordia-Festsaal stattfindet.

„Lebensbilder“. Auf Wunsch des Herrn Prof. Georg v. Sigmund berichten wir hiermit zu unserer neulichen Bezugnahme auf die Aufforderung, betr. Einsetzung von „Lebensbildern“, daß die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur mit der Angelegenheit nichts zu thun hat, auch die Anregung nicht von ihr ausgegangen ist, sondern daß lediglich eine Bitte des für die Zeitschrift „Ethische Kultur“ allein verantwortlichen Redakteurs, nämlich des Herrn Professors G. selber vorliegt. An seine Adresse, Nettelbeckstr. 24, seien auch die Lebensbilder zu senden.

Der gehorsame Sohn. Eine Liebestragödie hat sich in dem Hause Schillerstr. 33 zu Charlottenburg abgespielt. Die unverehelichte Wirthschafterin Margarethe G. aus der Flensburgerstr. 2 zu Berlin hat sich am Sonntag Morgen gegen 8 Uhr vor der Wohnung ihres Bräutigams, eines Lehrers L. erschossen. Diefem tragischen Abschlus liegt die folgende Vorgeschichte zu Grunde: Vor etwa Jahresfrist lernten sich die beiden jungen Leute kennen und verlobten sich. Der Lehrer wurde krank und mußte sich zu seinen in Bernau lebenden Eltern begeben, wo er sich vom Oktober v. J. bis zum Februar d. J. aufhielt. Genesen nach Charlottenburg zurückgekehrt, machte er seiner Braut die niederschmetternde Mittheilung, daß seine Eltern die Einwilligung zu der Verbindung des jungen Paares verweigern. Am Sonntag Abend verhandelten die jungen Leute in der Wohnung des Bräutigams über die Lösung des Verhältnisses, und Frau G. verabschiedete sich mit der Versicherung, daß sie dem Glücke ihres bisherigen Bräutigams und gehorsamen Sohnes seiner Eltern ferner nicht im Wege stehen würde. Am Sonntag Morgen wurde die Leiche des jungen Mädchens in dem Hause Schillerstr. 33 aufgefunden: es hatte sich durch einen Schuß in das Herz vor der Wohnung des Geliebten getödtet.

Polizeibericht. Am 10. d. M. wurde auf dem Gartengrundstück vor dem Straßener Thor 34 die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. — Von dem im Abbruch befindlichen Hause Jägerstr. 16 fiel Vormittags ein am ersten Stock angebrachter Erker herab und zerstückelte einen Theil des Gangebaues und des Schuppens. Menschen wurden nicht verletzt. — Auf dem südlichen Fahrwege unter den Linden wurde Nachmittags ein Privatfahrzeug, dessen Fahrer trotz warnender Zurufe unmittelbar vor einer herannahenden Postkutsche wenden wollte, von dieser angefahren und umgeworfen. Eine im Wagen sitzende Dame wurde anscheinend leicht beschädigt. Der Kutscher und der Diener des Fahrzeuges, die vom Poch herabgeschleudert worden waren, schienen gleichfalls ohne Beschädigungen davon gekommen zu sein. — Am 11. d. M. Mittags wurde auf dem Hofe des Grundstücks Oranienstr. 4 ein Nachwächter von einem Hunde gebissen und am Arm schwer verletzt. — An der Ecke der Straße unter den Linden und der Friedrichstraße gerieth Abends ein Herr unter die Räder einer Droschke und erlitt eine erhebliche Verletzung an der Hand. — Am 10. d. M. gegen Mittag brannte auf dem Grundstücke Prenzlauerstr. 23-24 ein Theil des Dachgebälles. Außerdem wurde die Feuerwehr im Laufe des Tages dreimal zu unbedeutenden Feueren gerufen.

Gerichts-Beifung.

Prozess Plad-Schweinhagen. Vor der 7. Strafkammer hiesigen Landgerichts I begannen heute die umfangreichen Verhandlungen in dem Prozesse Plad-Schweinhagen, der gewissermaßen ein Nachspiel zu der im Reichstage abgehandelten Ahlwardt'schen „Alten“-Affäre darstellt. Die Anklage lautet auf Verleumdung, zum Theil wider besseres Wissen gethane Beleidigungen gegen den Finanzminister Dr. Miquel, bzw. auf Beleidigung des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi:

Angelagt sind:
1. Der Schriftsteller Rudolf Plad-Podgorzki, 1856 zu Detmold, Kreis Lebus, geboren, evangelisch und bestraft: a) 1879 wegen Unterschlagung mit 4 Monaten Gefängnis; b) 1884 wegen Unterschlagung mit 50 M. Geldbuße ev. 5 Tagen

Gefängnis; c) wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung mit 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust; d) 1889 wegen Unterschlagung mit 90 M. Geldstrafe ev. 5 Tagen Gefängnis; e) 1889 wegen Beleidigung mit 15 M. Geldbuße; f) wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung mit 4 Monaten Gefängnis. — Er hat seiner Zeit Ahlwardt das Material zu dessen bekannten Reichstagsreden zum Reichs-Kommission des Reichstages und den Inhalt der bekannten „Alten“ erläutert. Dieses Material hat er später zu einer Broschüre „Pharisäer und Heuchler“ verarbeitet.

2. Der Buchhändler Adolf Dewald, Verleger der eben genannten Broschüre.

3. Der Schriftsteller Ludwig Schweinhagen, genannt Schweinhagen, 1862 zu Wolfenbüttel geboren, evangelisch, im Jahre 1889 wegen Diebstahls mit einem Tage Gefängnis bestraft.

Die im Jahre 1888 erschienene von Plad verfaßte Broschüre trägt den Titel: „Pharisäer und Heuchler oder die Leuchten des deutschen Parlaments und die Stützen des Staates. Geschildert nach dem Ahlwardt'schen Material und anderen Quellen, als Ergänzung seiner öffentlichen Anklagen im Deutschen Reichstage unter wortgetreuer Abdruck von Akten und Belegen, von Rudolf Plad-Podgorzki, Berlin, Verlag von Gustav Adolf Dewald, Georg Döppner's Buchhandlung, Krausenstr. 49.“ Die Broschüre, welche die schwersten Anschuldigungen gegen den Finanzminister Miquel und eine Reihe von Parlamentariern und anderen Personen enthält, wurde am Tage des Erscheinens auf Beschluß des Amtsgerichts Berlin I auf Grund der §§ 185, 186 und 187 Straf-Gesetz-Buchs beschlagnahmt und der Verlag ist inzwischen an eine Wiener Firma übergegangen. Die Beleidigungen und Verleumdungen beziehen sich auf die Zeit, wo Miquel vom Jahre 1870 bis 1873 Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft war und auf die rumänische Eisenbahngesellschaft, deren Aufsichtsrathsmitglied er bis zum Jahre 1870 war. Es wird behauptet, daß Dr. Miquel in jener Zeit große Spekulationsgeschäfte auf eigene Rechnung gemacht, dabei gewaltige Summen gewonnen und große Reichthümer erworben habe, daß er an der Spitze eines jüdischen Konsortiums zur Beherrschung des Staates gestanden, daß er in einem Prozesse wider Joachim-Gesellen einen Meineid geleistet habe u. d. d. Bei Schweinhagen handelt es sich um Reden in Volksversammlungen, in welchen er die Verhältnisse des Invalidenfonds behandelte. Er behauptet darin, daß Anfangs der 70er Jahre eine jüdische Vereinigung zur Beherrschung des Staates bestanden und daß Dr. Miquel diese geleitet habe. Durch diese Nebenregierung sei die Regierung gezwungen worden, die Kapitalien des Invalidenfonds in zweifelhaften Papieren anzulegen. Der Angeklagte bezeichnete Miquel als einen Vertrauensmann der Alliance israelite und behauptete, daß ihm das deutsche Volk es zu danken habe, daß aus dem Invalidenfonds 300 Millionen Mark für verfallene Eisenbahngründungen angelegt worden seien. Ein anderes Mal sprach er davon, daß Miquel von der Diskontogesellschaft vorgeführt worden sei, wenn es sich um „Kaubzige im Großen“ handelte. Schweinhagen nannte ihn einen portugiesischen Juden, dessen Name richtig „Miquel“ gesprochen werden müsse, dann wieder einen Handlanger Reichröder's, Danemann's und Rothschild's u. d. d. In diesen Eigenschaften habe Miquel, um die Bildung des Volkschul-Gesetzes zu erlangen, dem Kaiser seiner Zeit vorgetragen, daß beim Etat 7 Millionen Mark Ueberschuß vorhanden seien, die zum Dombau verwendet werden könnten. Nachdem Miquel die Angelegenheit des Herzogs von Braunschweig, das Defizit der Gotthardbahn von 1/2 Millionen Frank, den Kauf der rumänischen Bahnen durch Strouberg zur größten Zufriedenheit arrangirt, habe man ihn zum Lohn zum Bürgermeister der jüdischen Residenz Frankfurt a. M. gemacht. Die Reichstags-Untersuchungskommission sei eine Komödie gewesen, um die unabwendbare Richtigkeit des Finanzministers Miquel zu veriteln. Letzterer habe in seiner Stellung als Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft die braunschweigische Regierung durch falsche Vorpiegelungen zum Verlaufe der Staatsbahnen und die preussische Regierung gleichfalls unter falschen Vorpiegelungen zur Herabgabe des Kaufpreises veranlaßt, wobei er nur dem von ihm vertretenen Konsortium einen hohen Verdienst verschaffen wollte. Alle diese Behauptungen sind in verschiedenen antisemitischen Versammlungen wiederholt worden. — Von dem Reichskanzler Grafen Caprivi hat Schweinhagen behauptet, derselbe habe mit seinen politischen Thaten das deutsche Reich vor Europa herabgesetzt und das Ansehen desselben nach Möglichkeit geschwächt. — Außerdem sei er nicht mannhaft für die Militärvorlage eingetreten, weil die Judenpresse über ihn hergezogen sei. — Von den Angeklagten befindet sich Plad seit dem 13. August 1893, Schweinhagen seit dem 13. September 1893 in Untersuchungshaft.

Die Verhandlungen finden im großen Schwurgerichtssaal statt; der Judrang bei Eröffnung der Sitzung ist kein bedeutender. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Poigt, der Gerichtshof wird gebildet durch die Landgerichtsräthe Kannenberg, Reimold, Landrichter Resty und Riffessor Kaldey. Die Anklage wird durch den ersten Staatsanwalt Dreher und Staatsanwalt Müller II vertreten. Den Angeklagten steht ein Verteidiger nicht zur Seite. Der Vorsitzende theilt dem Angeklagten Plad mit, daß sein früherer Verteidiger eine Reihe von Skripturen für ihn eingesandt habe. Angeklagter Plad bittet sich dieselben aus, damit sie in seiner Rede bearbeitet könne. Er meint, die Skripturen seien ursprünglich im Besitze des Herrn Glibb gewesen, da derselbe aber anfänglich mit angeklagt war, so seien dieselben zu dem Verteidiger gebracht worden. Vor Eintritt in die Verhandlung protestirten beide Angeklagte dagegen, daß gegen sie eine einseitige Anklage unter der Bezeichnung „Plad und Genossen“ formulirt worden sei. Der Angeklagte Plad erklärt, daß seine Broschüre mit den Reden, die der Angeklagte Schweinhagen gehalten, gar nichts zu thun habe und dasselbe fährt Schweinhagen an, indem er beantragt, daß zunächst seine Anklage und dann die des Angeklagten Plad verhandelt werden möge. Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, da es sich um die Beleidigung derselben Person und in wesentlichen um dieselbe Beweiserhebung handelt. Beide Angeklagte haben einen großen Stolz von Akten, Broschüren u. d. d. vor sich ausgebreitet. Zu seinen Vorfragen bemerkt Plad, daß er dieselben zu Unrecht erlitten habe. Seine erste Strafe sei ihm auf Grund des Zeugnisses eines Wächterrevisors und dreier Männer mosaischen Glaubens judicirt worden, es stehe aber allemöglich fest, daß das Urtheil ein falsches gewesen. Die Richter würden wissen, daß eine solche Vorfrage ungeheuer schwer wiege, wenn der Betreffende später wieder irgendwie mit dem Strafgesetzbuche in Konflikt komme. So sei er wegen Unterschlagung eines großen Bernhardsiner Hundes verurtheilt worden; derselbe sollte längere Zeit vorher einem andern gestohlen worden sein, er habe ihn aber ehrlich erworben. — Der Angeklagte Schweinhagen bezieht sich bezüglich seiner Vorfrage wegen Diebstahls auf die Akten, aus denen hervorgeht, daß er verurtheilt worden, weil er in einer Konditorei aus einem Bortenblatt einen Artikel ausgehakt hatte. Die vorgeladenen Zeugen sind sämmtlich zur Stelle. Zu den als Sachverständige vorgeladenen Wächterrevisor Töpfer, Prokurist Arendt und Haupttritterschafts-Sekretär Walter gestellt sich noch Herr v. Dieß-Daber, der bezüglich eines Wirtes als Sachverständiger vernommen werden soll. Die meisten Zeugen und Sachverständigen werden auf Diensthaft beurlaubt. Der Vorsitzende läßt zunächst die ganze Broschüre „Pharisäer und Heuchler“ vorlesen. Nach Vorlesung der Broschüre hält der Vorsitzende dem Angeklagten Plad die einzelnen inkriminirten Stellen vor. Zu der Bezeichnung des Dr. Miquel als „blutiger Gründer“ bemerkt Plad: das Wort „blutig“ sei ein alter journalistischer Sprachgebrauch. Er stehe im übrigen ganz auf dem Boden seiner Broschüre und nehme kein Wort zurück. Er giebt besonders zu, daß er auch Herrn Miquel unter den Begriff „Pharisäer und Heuchler“ sehen wollte, bestreite, daß er sich einer Beleidigung

schuldig mache, wenn er sage, Miquel habe es zu Stande gebracht, daß „Nacht vor Recht“ gehe. Mit dem Worte „Lumpengefindel“ habe er all' die Personen bezeichnet wollen, die im Reichstage in der bekannten Art gegen Ahlwardt aufgetreten seien, andererseits übersehen bezogen sich nicht abgeordnet an Herrn Miquel, sondern auf alle Redner ohne Ausnahme die in der Ahlwardt-Debatte das Wort ergriffen haben. Mit dem „Bandwurm“, als dessen Kopf er Herrn Miquel bezeichnet, habe er den Kapitalismus gemeint. Er hält die gesammte Gründerperiode der 70er Jahre für ein Schwindelperiode und aus dieser Bezeichnung könne Herr Miquel ebenso wenig das Recht hernehmen, gegen ihn mit einer Anklage vorzugehen, wie daraus, daß er das Geschäftsgedehre der Zentralbodenkredit-Gesellschaft, an welcher Herr Miquel theilhaftig gewesen, eine Bewachung des deutschen Volkes“ bezeichnet habe. In ähnlicher Weise befreit der Angeklagte bei Vorhaltung der einzelnen Ausfälle, die in der Broschüre enthalten sind, daß Herr Miquel daraus Grund zu einem Straf-antrage entnehmen könne. Die meisten dieser Ausführungen, behauptet er, habe er nicht gemacht, um seine Verunglimpfung gegen Miquel zum Ausdruck zu bringen, sondern um das ganze Gebahren des Börsenschwindlerthums zu kennzeichnen und zu zeigen in welcher Verbindung Herr Miquel mit den Börsenmalaboren gestanden. — Was die Punkte betrifft, in denen Strafantrag nicht nur auf Grund des § 185, sondern auch des § 186 Straf-Gesetzbuch gestellt worden ist, so hält der Angeklagte seine Behauptung aufrecht, daß Dr. Miquel ein „Agent des Bankubenthums“ gewesen und deshalb in die Direktion der Diskonto-Gesellschaft eingetreten sei, um mittels seiner parlamentarischen Ansehens und seiner parlamentarischen Thätigkeit im Interesse der Diskonto-Gesellschaft zu wirken. Er behauptet, daß Dr. Miquel auf diese Weise unredlichen Reichthum erworben habe, er behalte sich vor, dies und seine fernere Behauptung zu erweisen, daß Dr. Miquel zu den „Entrepreneuren“ der rumänischen Eisenbahngesellschaft gehöre und daß in dem Prozesse gegen Joachim-Gesellen die Zeugnisaussage des Dr. Miquel falsch und in ihrem zweiten Theile wesentlich falsch gewesen sei. Die Angriffe, welche in der rumänischen Angelegenheit enthalten seien, bezögen sich auf alle Personen, die bei diesem „Schwindel“ theilhaftig gewesen seien. Er habe damit, wie er zugebe, auch Herrn Miquel treffen wollen. Was die „Värgschaft“ betreffe, die die Diskontogesellschaft und Reichröder seinerzeit für die rumänische Eisenbahngesellschaft geleistet haben, so bleibe er dabei, daß diese Värgschaft anfänglich gar nicht gefordert, sondern von den Finanzgesellschaften angeboten worden sei, um Provisionen zu verdienen. Die ganze Värgschaftsangelegenheit sei eine Komödie, eine Schiebung gewesen. Er halte alle Behauptungen seiner Broschüre aufrecht und hoffe, den Wahrheitsbeweis führen zu können.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Dewald, dem der Präsident zunächst vorhält, daß er früher eingeräumt habe, vor der Veröffentlichung der Broschüre von ihrem Inhalte Kenntnis gehabt zu haben. Der Angeklagte widerlegt jetzt diese Behauptung, er laun den Umstand, daß er das frühere Protokoll unterschrieben habe, nur dadurch erklären, daß ihm der Richter etwas vorgelesen haben müsse.

Es wird zu diesem Punkte der Buchdrucker Glibb aus Dresden als Zeuge vernommen. Er giebt an, daß er die in seiner Offizin fertiggestellten Broschüren an den Angeklagten Dewald zum Zwecke der Verbreitung geschickt habe. Ob der Letztere vorher von dem Inhalte Kenntnis genommen habe, könne er nicht wissen, die Korrektur sei vom Angeklagten Plad selbst besorgt worden.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten Dewald einen Passus aus einem Briefe an Glibb vor, worin der Schreiber bittet, darauf zu achten, daß keine Kopien vom Manuscript unter die Leute kämen. Der Angeklagte Dewald erklärt, daß er nur habe verhindern wollen, daß einzelne Theile der Broschüre vorzeitig veröffentlicht würden.

Darauf folgt die Vernehmung des Angeklagten Schweinhagen. Zunächst wird ihm vorgehalten, daß er am 25. März vorigen Jahres in einer Antisemiten-Versammlung bei Buggenhagen als Redner aufgetreten sei. Er soll dabei ausgeführt haben, daß Anfang der sechziger Jahre eine geheime jüdische Nebenregierung neben dem Fürsten Bismarck und der offiziellen Regierung bestanden habe. Diese habe es verstanden, durch die Macht des Kapitals die Entschliessungen der Regierung zu beeinflussen und so auch durch die Macht der Börse die Regierung gezwungen, die Kapitalien des Invalidenfonds in zweifelhaften, nicht garantierten Papieren anzulegen, sodas der ursprüngliche festgesetzte Verkaufstermin dieser Papiere immer wieder von neuem hätte hinausgeschoben werden müssen, um den Invalidenfonds vor Verlusten zu schützen. Der juristische Beirath jener Gründergesellschaft, welche aus dem Invalidenfonds Vortheile geschöpft habe, sei 3/2 Jahre lang der jetzige preussische Finanzminister Miquel gewesen. Diefem habe das deutsche Volk es zu danken, daß aus dem Invalidenfonds 300 Millionen für verfallene Eisenbahngründungen angelegt worden seien. Hinter ihm stehe auch jetzt noch die Macht des jüdischen Kapitals und mit Recht könne er als Vertrauensmann der „Alliance israelite universelle“ bezeichnet werden. Das Streben Miquel's und seiner Hintermänner gehe dahin, die frühere Nebenregierung der Börsemacht zur Hauptregierung des Deutschen Reiches zu machen. Wenn es gelingen würde, den jetzigen Reichskanzler zu verdrängen, würde das Ziel erreicht sein und es würde eine Schmach für Deutschland sein, wenn Miquel in späteren Versammlungen hat Schweinhagen sich weiter mit Dr. Miquel beschäftigt und verschiedene Fälle namhaft gemacht, in denen dieser seinen Einfluß für die blutigsten Gründungen eingesetzt haben soll. Desgleichen soll Miquel von dem Angeklagten als Agent Rothschild's bezeichnet sein. Bei dem Verkauf der braunschweigischen Bahnen an die preussische Regierung habe Miquel die Bedingung aufgenommen, daß die Bahnen niemals an eine fremde Regierung übergehen könnten. Miquel habe diesen Vertrag nur geschlossen, um dem von ihm vertretenen Konsortium einen hohen Verdienst zu verschaffen, er habe also das Deutsche Reich bewußt geschädigt.

Schließlich soll der Angeklagte den Reichskanzler Caprivi durch den Vorwurf der Freigiebt beleidigt haben.

Die von der Anklagebehörde dem Angeklagten vorgeworfenen beleidigenden Äußerungen werden von den überwachenden Beamten der verschiedenen Versammlungen im wesentlichen bestätigt, wogegen zwei von Schweinhagen vorgeladene Zeugen sich der milderen Auslegung zuweigen, die der Angeklagte den inkriminirten Äußerungen giebt. Bezüglich seiner Ausführungen über den Anlauf der braunschweigischen Bahnen erklärt der Angeklagte, daß seine Angriffe sich gründeten auf Bemerkungen, die der Finanzminister Miquel als Bundesrath's Vertreter im Reichstage gemacht habe. Wenn Dr. Miquel diese Erklärungen vor dem Untersuchungsrichter als irrig juridisch genommen, so sei das nicht seine Schuld. — Der Vorsitzende bemerkt, daß der Angeklagte sich überzeugen werde, daß alles, was er über das Verhältnis des Dr. Miquel zu den braunschweigischen Bahnen gesagt habe, nicht zutrefte. — Der Angeklagte, welcher auch jetzt noch behauptet, daß Preußen in der braunschweigischen Angelegenheit 50 Millionen Mark zu viel bezahlt habe, bestreitet, den Finanzminister durch seine Ausführungen beleidigt zu haben. Dr. Miquel habe öffentlich erklärt, daß er an der Formulirung des Vertrages mitgearbeitet habe, daran anschließend habe er seinerseits ausgeführt, daß Preußen mit diesem Vertrag hinter List geführ und Braunschweig geschädigt worden sei. Wenn der Finanzminister seine ursprüngliche Erklärung als irrtümliche zurücknehmen wollte, so hätte er dies im Reichstage und nicht vor dem Untersuchungsrichter thun müssen. Er bitte, in diesem Punkte die Verhandlung zu vertagen, um ihm Gelegenheit zu geben zu beweisen, daß Herr Miquel genau so bei dem Vertrage mitgearbeitet habe, wie er es ursprünglich im Reichstage erklärte. Event. berufe er sich auf Zeugen über diesen Punkt. —

Erster Staatsanwalt Drescher hält diesen Antrag für ganz unerheblich, da der Angeklagte unter keinen Umständen das Recht hatte, einen offensibaren Irrthum des Finanzministers zu schweren Beleidigungen gegen diesen auszunutzen. — Der Vorsitzende macht den Angeklagten wiederholt darauf aufmerksam, daß sich nach Ausweis sämtlicher Akten der Finanzminister in der That geirrt habe, da er in der That damals bei dem Vertrage noch gar nicht habe mitwirken können. Die Diskontogesellschaft sei überhaupt erst in einem späteren Stadium in die braunschweigische Angelegenheit eingetreten. Der Angeklagte behält sich etwaige weitere Anträge bis nach Vernehmung des Finanzministers vor.
Eine Beleidigung des Grafen Caprivi befreitet der An-

geklagte. Er habe demselben nicht den Vorwurf der Feigheit machen, sondern nur ausdrücken wollen, daß sich Graf Caprivi etwas staatsmännischer (nicht „mannhaft“) hätte erweisen sollen. Er habe es immer peinlichst vermieden, den Grafen Caprivi zu verunglimpfen und die betreffende Versammlung habe den Zweck gehabt, die Militärvorlage des Grafen Caprivi zu unterstützen, gegenüber anderweitiger antisemitischer Agitation gegen die Vorlage.
Um 4¹/₂ Uhr wird die Sitzung auf Dienstag 9 Uhr vertagt.
Wegen Aufruhr und Landfriedensbruch haben sich gegenwärtig 12 dem Arbeiterstande angehörende Personen vor dem Schwurgericht zu Gding zu verantworten. Dieselben sollen bei Gelegenheit einer Versammlung, in welcher der damalige

Kandidat, jetziger Reichstags-Abgeordneter v. Puttkamer Klauth referirte, tumultuarische Szenen hervorgerufen haben. Ueber den Verlauf der Verhandlungen, für die volle 6 Tage angelegt und zu denen circa 100 Zeugen geladen sind, werden wir später berichten.

Versammlungen.

Monatlicher Jüthweverein. Montagabend Dienstag 9 Uhr bei Grotz Bremerstr. 71.
Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 13. März. Monatsversammlung. Tagesordnung: Wahl eines Schriftführers. Robellaur-Abend. Ueber den häßlichen Arbeitsnachweis. Referent: Kollege Dupont.

Kinderwagen, größte Auswahl, auch Theilzahlung. Gneisenaustr. 115, Ecke Bellealliancestrasse.

Nur noch wenige Tage. Präuschers anat. Museum
täglich von früh 9 bis 10 Abends für erwachs. Herren. Dienstag u. Freitag **Damentag.**
unwiderruflich: **Schluß Sonntag, den 1. April.**

Musikinstrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlaginstrumente, Spieluhren, Drehen u. selbstspielend, **Musik-Automaten** fertigt **Aug. Kessler,** 51. Lausitzerstr. 51.

Empfehle mein Geschäft in frischen Blumen und Kränzen. 5441 L.
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Blumenhandlung
P. Abromeit, Glückerstraße 69, Berlin SW. 55472
Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Gutzulanden u. s. w.
Billigste (Marktballen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Rechtsbureau des königlichen Amtsrichters a. D. **Alte Jakobstraße 130.** Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 1088b

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzl. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22, 8-7 Uhr.

Grosse Berliner Schneider-Akademie.
Berlin C., **Rothsches Schloß Nr. 1.** 5768L.
Größte und einzige Fachschule, welche nach der verbesserten und vervollkommenen Methode des verstorbenen Herrn Direktors Kuhn unterrichtet. Garantie für gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Empfehlenswerth: Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesammten Damenschneiderei. Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer 1. **Die Direktion.**

Metzner's Korbwaren-Fabrik, Berlin, **Andreasstr. 23,** Hof part., vis-à-vis d. **Andreasplatz**
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.
Rum,
echt und Façon, Literflasche 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Pl. 10 Pl. billiger
Eugen Neumann & Co., Conrad Neumann, 600M
6a. Belle-Alliance-Platz 6a.
Neue Friedrichstr. 31. Oranienstr. 3.
Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Selten günstige Gelegenheit zum Einkauf.
Wegen Aufgabe meines seit langen Jahren unter der Firma **B. Domnauer Nachf.,** Rosenthalerstr. 11-12, bestehenden Spezialgeschäftes für **Damen-Mäntel, Blousen und Kostüme** war wegen bedeutender Herabsetzung der Preise das Geschäft bis jetzt geschlossen. Heute beginnt der Ausverkauf zur Hälfte der bisherigen Preise. Die Ladeneinrichtung ist billig zu verkaufen.

E. Gieseler, Möbel-Fabrik, gegr. 1872, Seydelstraße 30. 57822
Meinen geehrten Kunden verkaufe, als die seit kurzer Zeit entzur Nachricht, daß ich billiger standene Reklame-Konkurrenz.

Färberei und chemische Waschanstalt
R. Knapp, Moritzstraße 10,
möcht zu den billigsten Preisen in allen Farben Damenkleider, Mäntel, Herren- u. Leberzieher, Röcke, ganz od. getrennt, Bettdecken à Stück 1,25 M. Sämtl. Herren- und Damengarderobe, sowie Möbelstoffe jeder Art werden chemisch gereinigt. Herren-Anzüge reinigen und bügeln 2,50 M. 5741L.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Neuheiten [5778L.]
für die Frühjahrs- u. Sommerfaçon in **Kleiderstoffen.**
Reichhaltige Sortimente im neuesten Geschmack. Fertige Kostüme, Kostümröcke u. Anzüge.
Die schönsten Kinderkleider
für Mädchen jeden Alters, sowie Morgenröcke, Unterröcke und Schürzen in größter Auswahl vorräthig, ev. Maßanfertigung schnell!
Berlin N. CHAUSSEESTR. 14.
Reste u. einzelne Roben spottbillig!

Größtes Lager. Billigste Preise.
Roh-Tabak.
Beste Marken. Reelle Bedienung.
Gesundheit garantiert. Geöffnet den ganzen Tag.
Um geehrten Besuch bittet **W. Hermann Müller**
Neue Friedrichstr. 9.

KRONEN-GARN
1000 YARDS
50362
Bestes Nähgarn!

h. Kalbleder
aus einem Stück mit Goldtasche **Mt. 1,50.**
Album- u. Lederwarenfabrik von **O. Gundau**
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr. empfiehlt zu Einsegnungsgeschenken ihr großes Lager aller Arten Lederwaren und Schmucksachen. Gesangbücher von 1,95 M. an: fern. Cigarrentasch., Wiener Meer-schaumpfing., Spazierstöcke, Brillen u. Vincenz etc. zu d. billigst. Preisen.

Schleuniger Ausverkauf
der **Restbestände** aus der **J. Adler Söhne'schen Konkursmasse,** als Teppiche, Portieren, Gardinen, Stepp- und Tischdecken, Läuferstoffe, ferner 1000 Sopha-Stoffreste der haltbarsten und modernsten Stoffe werden bedeutend unter den **Taxpreisen** fortgegeben gegenüber dem Markthaus.
Spandauerstr. 30,

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L.
am hiesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!**
Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.

Kinderwagen
Korbwaren, Holzwaren
Größtes Lager Berlins. Theilzahlung gestattet. Musterb. gratis, empfiehlt **A. W. Schulz,** Brunnenstr. 145 (Ecke Rheinsbergerstr.) Hauptgesch. Brunnenstr. 95 vis-à-vis Dumboldsbain.

Kinderwagen
Korbwaren, Holzwaren
Größtes Lager Berlins. Theilzahlung gestattet. Musterb. gratis, empfiehlt **A. W. Schulz,** Brunnenstr. 145 (Ecke Rheinsbergerstr.) Hauptgesch. Brunnenstr. 95 vis-à-vis Dumboldsbain.

Wichtig für jede Dame!
Elegante Regenmäntel 7-10 M., Modells-Regenmäntel, hochelegant, 10 bis 18 M., Backfisch-Jaquets 2,50 M., elegante Neuheiten in Jaquets und Umhängen 10-16 M. Ladenpreis das Doppelte. **Leipzigerstr. 91, 1 Tr.**

Gardinen-Fabrik
Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und crème. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einzelnen zu den billigsten Fabrikpreisen. **E. Knappe** aus Eutsch in Sachsen **Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.**

!! Roh-Tabak !!
Sämtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt **Heinr. Franck, Handlung,** Brunnenstr. 185.
Formen (Vodfoorn) wieder vorräthig.

37 Als anerkannt reelle und **37** billigste Einkaufs-Quelle des **Süd-Ostens** für **Gold-, Silber-,** Alfenidewaaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich **H. Gottschalk,** Goldarbeiter und Uhrmacher, **37 Admiral-Strasse 37**

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig! **Proben franco!** 5150L.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Die Waarenbestände aus der **Gustav Heilborn'schen Concursmasse**
68 Alexanderstr. 68
Besteh. in Wäsche, Tisch- u. Bettzeugen, Gardinen, Kleiderstoffen, Morgenröcken, Blousen u. s. w. werden von heute ab werktäglich v. 9-1 u. 2-6 Uhr zur **Cave** ausverkauft.

Aug. Krause, Wienerstr. 13. 57812
Blumen-Geschäft und Kranzbinderei. **Vereinskranze mit Widmung** in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Roh-Tabak!
Java, sehr preiswerth, à Pfd. 65 Pf., pfundweise, empfiehlt **W. Bergemann, C., Alexanderstr. 26.**

1000 Damen!!!
Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Kinderanzüge à 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. f. w. **Landsbergerstr. 48, 1.**

Sehr hohe Preise
zahle ich für Briefmarken aus alten Briefschäften und für ganze Sammlungen. Tausch erwünscht. Große Auswahl in Briefmarken-Albums. **Julius Kaim, Cigarren-Import,** SW., Friedrichstr. 236. VI. 2295.
W. Botsdamerstr. 20, Hof part. *) Kein Laden.

Holzwaren und Möbel, solide Arbeit, in eigener Werkstatt gefertigt. 56252
A. Mann, Tapezier und Dekorateur, Prinzenstr. 74 (u. d. Moritzplatz).

Altes Schönenhaus, Pintenstr. 5, empfiehlt seine Säle. Sonnabend der 7. und 28. April sind frei geworden. 2120b

Eine Restauration ist sehr billig wegen Uebernahme einer Bahnhof-Restauration zu verkaufen. 2299b
Zu erfragen **Gleditschstr. 44,** nahe dem Winterfeldplatz im Buttergeschäft.

Kleiner Saal
mit Vereinszimmer, bis zu 100 Personen fassend, empfehle unentgeltlich den geehrten Vereinen. Auch sind diese noch an einigen Tagen in der Woche frei. **L. Gohr, Moabit, Waldstr. 52.**
Ein Vereinszimmer m. Piano ist zu vergeb. **B. Grube, Mariendorferstr. 5.**

Ein **1¹/₂ - 1¹/₄ br. Webestuhl** zu kaufen gef. Näh. bei **Spazier, Rixdorf, Treptowerstr. 5.** 2301b

Kinderwagen, größtes Lager Südostens, hauptsächlich **Räthe'sche Waare,** bestes Fabrikat. Auch Theilzahlung. 5705L.
W. Holze, Oranienstr. 3.

Frisch. Kalbfleisch! Konle (ohne Bein) 5-5¹/₂ M., Vorderviertel (Brust u. Cotelette) 3¹/₂ - 4 M. 9 Pfd. netto inkl. Verpackung. **S. de Beer, Emden** (Ostfriesland). Best. Aufträge zu Ostern frühzeitig erbeten. 63/6

Sophabezüge-Reste
von 3-12 Mtr. in Phantasiestoff, Rips, Damast und Plüsch spottbillig. Muster franco. 57562
S. Unger, Oranienstr. 48.

P. Herrguth 57014
Müllerstr. 181, am Weddingplatz. Landesprodukt- u. Mehlhandlung. liefert zum bevorstehenden Feste Mehl und sämtliche Backzubehalten in anerkannter Güte zu herabgesetzten Preisen.

5³/₄ Pfund Albrecht's Bäckerei, Brot für 50 Pfennig liefert **Wrangel-Strasse 3** Langestr. 26, Falkensteinstr. 23

Kanarienvögel, viel hoch prämirte, verend. nach allerwärts g. Nachr. f. M. 6 bis 15 p. St. u. Garantie f. Berth u. leb. Ankunft laut Preisliste. 427M
Erst Känel, Copitz (Esb).

Kanarienvögel 600, Weibchen 1,25, Seckbauer 2,50. **Schnelle,** Skalitzerstr. 132.

Freundliche Hofwohnungen **Färkenstr. 9,** dicht am Reichpl., best. aus Stube, Küche, Korridor, Kofet etc.

Al. Wohnungen, billige Miethe, per sofort, sofort und zum 1. April, **Volgasterstr. 3/4.** 21506*

Senfestr. 38 kleine Wohn. billig sofort oder später zu verm. 2068b
Brunnenstr. 64 sind kleine Wohnungen billig zu vermieten. 2290b

Arndtstr. 17
2 freundl. Vorder- und Hofwohnungen von Stube und Küche und 2 Stuben und Küche billig zu vermieten.

Freil. Schlafst., sep., nach vorn, 3. 15 3. um. Pr. 8 M. **Chamisso-Platz 7, 4 Tr**

Arbeitsmarkt.
Verfälschter verlangt **Ruthenberg** Friedenstr. 10. 2302b

Louisenstädt. Klubhaus, Annenstraße 16.
Saal zu Versammlungen und Vergnügen sowie Vereinszimmer empfehle **L. Ehrenberg.**

Möbel-Magazin Berlin NW., Bremerstr. 67. **Otto & Slotawa, Tischlermeister.** 2. Geschäft: **Gotzkowskystr. 3.** 5729L* **Barg-Magazin** und **Beerdigungs-Comtoir.**

